Um Friede Freiheit und Recht!

Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats

Diese Schrift enthält den Bericht des sozialdemokratischen Partei-Vorstandes über den grossen Arbeiter-Streik im Jänner.

Kronen 1·50 Preis Mark 1·—

Um Friede Freiheit und Recht!

Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats

Preis Kr. 1·50

Wien 1918
Im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.
Wien VI, Gumpendorferstraße 18 / Druck „Vorwärts", Wien V.

Oesterreichs Erneuerung

Von Dr. K. Renner

Erster Band. Inhalt: Reform des wirtschaftlichen Bewußtseins. — Oesterreich-Ungarn und seine Völker. — Die Verwaltungsreform. — Oesterreich-Ungarn und Mitteleuropa. 160 Seiten. Kr. 4·50

Zweiter Band. Inhalt: Die Wirtschaftsreform. — Mitteleuropa und die Krise der Weltwirtschaft. — Kronland, Nation und Verwaltungsreform. 200 Seiten. Kr. 6·—

Dritter Band. Inhalt: Wir und unsere Nachbarvölker. — Der Imperialismus im nahen Osten. 120 Seiten. Kr. 3·50

Agitationsausgabe, nur für organisierte Arbeiter. Band I Kr. 2·—, Band II Kr. 2·40, Band III Kr. 2·—.

*Arbeiter oder Soldaten? Von Karl Seitz. 12 Seiten. Kr. —·12

Die Tätigkeit der Deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat. 8. Heft. 12. Legislaturperiode (21. Oktober 1913 bis 29. Mai 1904.) 44 Seiten. Kr. —·40

— 9. Heft. 12. Legislaturperiode (30. Mai 1914 bis 16. Juli 1917.) 48 Seiten. Kr. —·60

☞ Die Hefte 1 bis 7, umfassend die Jahre 1907 bis 1913, werden unter Berufung auf diese Anzeige für 60 H. abgegeben. ☜

***Die Ausgestaltung der Krankenversicherung durch die kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917.** Mit Anhang: Das geänderte Krankenversicherungsgesetz. Von Dr. Leo Verkauf. 72 Seiten. Kr. 1·—

***Die russische Revolution und das europäische Proletariat.** Von Heinrich Weber. 40 Seiten. Kr. 1·—

***Der Marxismus in der Praxis.** Von Gustav Eckstein. 120 Seiten Kr. 4·50

***Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.** Abgehalten in Wien vom 16. bis 24. Oktober 1917. 306 Seiten. Kr. 6·—
Agitationsausgabe, nur für organisierte Arbeiter Kr. 3·—

(Die mit * bezeichneten Bücher und Broschüren sind im Jahre 1918 erschienen.)

Mit Rücksicht auf die enormen Regiespesen wird zu den angegebenen Preisen bis auf weiteres ein zehnprozentiger Teuerungszuschlag für alle Bücher und Broschüren eingehoben.

Um Friede, Freiheit und Recht!

Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats

Der Ausstand der Arbeiterschaft Innerösterreichs.

Ernste, denkwürdige Tage, die in der Erinnerung der österreichischen Arbeiterschaft unvergänglich bleiben werden, liegen hinter uns. In der Zeit vom 14. bis 22. Jänner hat sich das Proletariat Innerösterreichs aus ureigenstem Entschlusse zu einer gewaltigen Willenskundgebung erhoben, die den Vergleich aushält mit allem, was — das alleinige Rußland ausgenommen — die Arbeiterklasse eines Landes bis zur Stunde an direkter Aktion aufgeboten hat. Ueberraschend und hinreißend in ihrem solidarischen Einsatze, ist diese Bewegung ein beachtenswertes Beispiel von Selbstbeherrschung und besonnener Einschätzung der eigenen Kraft wie ihrer Grenzen in ihrem Verlaufe und zugleich ein Muster proletarischer Disziplin in ihrem Abschlusse. Ihr Erfolg aber ist eine weithin wirkende Tat zugunsten des Friedens der ganzen Welt und ein Sieg der Demokratie im eigenen Lande. Erst jetzt, nachdem die erste Leidenschaft des Kampfes ruhiger Erwägung weicht, ist die Größe dieses Erfolges erkennbar.

Ursache und Anlaß des Ausstandes.

Mit Spannung verfolgte die österreichische Arbeiterschaft die Friedensverhandlungen zu Brest-Litowsk. Sie hatte schon vordem an den Stockholmer Konferenzen mit leidenschaftlichem Interesse teilgenommen und deren Ergebnislosigkeit mit aufrichtigem Schmerze beklagt. Der Novembersieg des Proletariats zu Petersburg und die Bereitschaft der russischen Volksregierung zu Friedensverhandlungen hatte die Hoffnung auf einen raschen Friedensschluß gesteigert. Wie und woher sollte ein Friede überhaupt kommen, wenn er mit der friedliebendsten Regierung der Welt, der Regierung des russischen Proletariats, nicht zu erreichen war? Da gerieten die Friedensverhandlungen ins Stocken. Die Zukunft der von den Mittelmächten besetzten Gebiete Polens, Litauens und Kurlands lösten Gegensätze aus, durch die die Brest-Litowsker Verhandlungen zu versanden drohten. Rußland forderte das volle Selbstbestimmungsrecht dieser Länder und Völker, die Vertreter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns machten mannigfache Vorbehalte. In der Sitzung vom 12. Jänner berief sich der deutsche General Hoffmann auf die Gewalt und das Recht der militärischen Besetzung. Schon bei den Friedensversammlungen, die die deutsche sozialdemokratische Partei Sonntag den 13. Jänner in Wien und Niederösterreich veranstaltete, war die Verbitterung der Massen über die Art, wie die Vertreter Deutschlands — Czernin war inzwischen erkrankt — gegen die russischen Unterhändler

verfuhren, zu deutlichem Ausdrucke gekommen. Stürmische Zwischenrufe, minutenlange Unterbrechungen der Redner, leidenschaftliche Diskussionen bekundeten, daß das Säbelrasseln zu Brest-Litowsk das ganze Hinterland in maßlose Erregung versetzt hatte. Der vom Parteivorstande unterbreitete Beschlußantrag wurde überall angenommen:

Die Arbeiterschaft protestiert dagegen, daß die Regierung die Völker Oesterreichs jedes Einflusses auf die Friedensverhandlungen beraubt, indem sie die Tagung des Abgeordnetenhauses und der Delegation immer weiter hinausschiebt und in der Presse jede Kritik der auswärtigen Politik Deutschlands und Oesterreichs unterdrückt.

Die Arbeiterschaft fordert, daß die Regierung die Verhandlungen in Brest-Litowsk in versöhnlichem und freundschaftlichem Geiste führe eingedenk der Tatsache, daß diese Verhandlungen eine feste und andauernde Freundschaft mit unserem größten Nachbarvolk begründen sollen.

Die Arbeiterschaft fordert, daß die Regierung alle Bestrebungen nach offenen und verhüllten Annexionen zurückweise; daß sie die Forderung, das Selbstbestimmungsrecht der Grenzvölker Rußlands zu verfälschen, ebenso ablehne wie den Wunsch, einzelne Teile der russischen Grenzländer gegen den Willen ihrer Bewohner zu annektieren. Wir fordern, daß es die Mittelmächte den Völkern Polens, Litauens und Kurlands selbst überlassen, durch Volksabstimmung bei allgemeinem und gleichem Stimmrecht in voller Freiheit über ihre staatliche Zugehörigkeit zu entscheiden, und daß volle Bürgschaften getroffen werden, daß diese Volksabstimmung durch keinerlei behördliche oder militärische Eingriffe beeinflußt werde.

Die Arbeiterschaft fordert mit leidenschaftlichster Entschiedenheit den allgemeinen Frieden. Sie begrüßt die Anstrengungen der Arbeiter aller Länder, dem Kriege ein Ende zu setzen. Sie betrachtet die Rede Lloyd-Georges und insbesondere das Friedensprogramm Wilsons als Anzeichen, daß auch die feindlichen Regierungen unter dem Drucke der Arbeiterschaft ihre imperialistischen Kriegsziele bereits einzuschränken beginnen. Sie protestiert gegen die planmäßige, wie auf Kommando erfolgte Mißdeutung dieser Kundgebung durch die gesamte bürgerliche Presse und fordert die Regierungen der Mittelmächte auf, diese Kundgebungen zum Anlaß zu nehmen, allen feindlichen Regierungen einen demokratischen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen anzubieten.

Sämtliche von der Organisation bestellten Redner forderten die Massen auf, die Wirkungen des Beschlusses abzuwarten und jede Ruhestörung zu vermeiden. Wohl aber war klar, daß es nur eines äußeren Anstoßes bedurfte, um die Bewegung der Arbeitermassen loszubinden.

Diese Nachrichten fielen in Herzen, in denen sich auch aus anderen Gründen tiefer Groll aufgehäuft hatte. In allen kriegführenden Ländern der Welt hatte die Staatsgewalt schon längst die schweren Opfer der arbeitenden Klassen im Kriege gewürdigt und die politischen Rechte wie die soziale Lage der Industriearbeiterschaft wesentlich verbessert. In Deutschland zumal war die Demokratisierung des preußischen Landtags, seit langem die leidenschaftliche Forderung der Volksmassen, in Angriff genommen worden. Sofort zu Kriegsbeginn hatte man das Koalitionsrecht in weitem Umfange hergestellt, im Hilfsdienstgesetze der Arbeiterschaft eine freie, sichere, gesetzliche Vertretung in Fabriksausschüssen und überdies zur Austragung von Werkstättenstreitigkeiten ein außerordentliches und zuverlässiges Verfahren geschaffen. Die bürgerlichen Klassen Deutschlands hatten nicht nur ihre volle Anerkennung für die Leiden des Proletariats ausgesprochen, sie hatten auch be-

trächtliche Opfer ihrer Lebenshaltung willig auf sich genommen, um das Los der breiten Massen erträglicher zu gestalten. Nichts von alledem in Oesterreich: Weder die Staatsgewalt noch die Bourgeoisie fanden es nötig, sich an das Proletariat zu erinnern und die bürgerlichen Parteien setzten, als das Parlament wieder einberufen war, ihre alten nationalen Streitigkeiten fort, unbekümmert darum, daß die Massen ganz andere Sorgen bewegten. Die agrarischen Kreise aber, im Kriege an sich weniger schlecht daran als das Industrievolk, traten noch als anspruchsvolle Kläger auf. Kein Wunder, daß der Unmut des Proletariats sich von Tag zu Tag steigerte.

Nach dem Neujahr 1918 hatten sich zudem die Ernährungsverhältnisse Oesterreichs in unerwarteter Weise verschlimmert. Die inländische Aufbringung an Getreide war hinter den Erwartungen zurückgeblieben, Ungarns Zufuhren versagten und die Zufuhren aus Rumänien kamen, so lange die Donau nicht eisfrei ist, nicht zur Geltung. Das Amt für Volksernährung sah sich genötigt, zunächst im Wege der Praxis, ohne allgemeine Verordnung, den Bezug von Kochmehl um die Hälfte zu verkürzen. Der unerwartete Ausfall band die Bewegung los. Am 14. Jänner, Montag ½8 Uhr morgens, legte vorerst die Arbeiterschaft der Daimlerwerke in Wiener-Neustadt die Arbeit nieder. Von diesem Augenblicke an breitete sich der Ausstand wie ein Lauffeuer über diese Stadt, über das ganze Wiener-Neustädter Industriegebiet, nach Wien, über ganz Niederösterreich und auf alle großen Industriestädte Oesterreichs und Ungarns aus. Vom Parteivorstande der deutschen Sozialdemokraten sofort aufgenommen und geleitet, fand die Bewegung in dem durchschlagenden politischen und sozialen Erfolge der Nacht vom 19. auf den 20. Jänner ihr nächstes Ziel.

Die Ausbreitung der Bewegung bis Mittwoch abends.

Montag um ½8 Uhr früh versammelte sich die Arbeiterschaft der Daimlerwerke von Wiener-Neustadt im Hofe der Fabrik und ihre Vertrauensmänner begaben sich zu den beiden Direktoren des Unternehmens, um gegen die neuerliche Verschlechterung der Ernährung Einspruch zu erheben. Die Direktoren teilten den Arbeitern mit, daß Direktor Borsche sofort zum Ernährungsminister fahren werde, um ihm die Forderung der Arbeiterschaft bekanntzugeben, die Direktoren verlangten jedoch von den Arbeitern, die Arbeit fortzusetzen und die Antwort abzuwarten. Genosse Oberdorfer, der Vertrauensmann der Arbeiterschaft der Daimlerwerke, ließ nun darüber abstimmen, ob die Arbeiterschaft bis zum Einlangen der Nachricht weiterarbeiten wolle, was die Arbeiter einstimmig ablehnten. Aus den Reihen der Arbeiterschaft wurde nun der Vorschlag laut, auf den Rathausplatz zu ziehen, um dort die Demonstration gegen die Verkürzung der Mehlquote fortzusetzen. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung.

An den Zug der Daimlerwerke schlossen sich sofort die Arbeiter der Lokomotivfabrik, der Radiatorenfabrik, der Flugzeugfabrik, der Munitionswerke G. Roth und die Lichtenwörther Arbeiter an. Der Zug traf in geordneten Reihen auf dem Hauptplatze ein, worauf sich

die Vertrauensmänner sämtlicher Betriebe zum Stadtrate begaben. Der Stadtrat setzte sich telephonisch mit der Statthalterei in Verbindung, um von ihr die Ermächtigung zur Ausgabe der ganzen Mehlquote wenigstens für diese Woche zu erlangen. Da die Statthalterei sich außerstande erklärte, darauf einzugehen, telephonierte der Stadtrat an das Ernährungsministerium. Die Antwort des Ernährungsministers lautete, die ganze Mehlquote könne mangels an Vorräten nicht ausgefolgt werden, der Ernährungsminister sei jedoch bereit, am nächsten Morgen eine Deputation aus Arbeitern und Unternehmern zu empfangen.

Die Arbeiter strömten vom Rathausplatze in das Arbeiterheim und hielten nachmittags eine Versammlung ab, in der sie beschlossen, die Antwort, die der Deputation in Wien werde, abzuwarten, ohne früher wieder die Arbeit aufzunehmen. Beim Abzuge vom Rathausplatze kam es zu aufregenden Szenen und zur Zertrümmerung von Fensterscheiben, Ausschreitungen, mit denen die Demonstranten nichts zu tun hatten.

Die Vorgänge von Wiener-Neustadt wurden bei den innigen Beziehungen, welche zwischen der Arbeiterschaft des großen Wiener-Neustädter Beckens und Wien herrschen, rasch bekannt. Am Dienstag morgens stand der Betrieb in Ternitz still, die Arbeiterschaft dieses Betriebes marschierte im geschlossenen Zuge nach Wimpassing, wo sich ihr die Arbeiter der Gummifabrik und aller anderen Betriebe anschlossen und von da nach Neunkirchen, wo sofort sämtliche Betriebe aussetzten. Am gleichen Tage traten die Arbeiter des Triestingtales und von St. Pölten in Ausstand.

Mittwoch den 16. Jänner griff die Bewegung nach Wien über. Die Fiatwerke in Floridsdorf und das Arsenal im 10. Bezirke waren die ersten, die auf die erste mündliche Botschaft aus Wiener-Neustadt alsogleich die Arbeit eingestellt hatten. In Favoriten standen am Mittwoch bereits nahezu alle Betriebe: allen voran das Arsenal, dann die Staatsbahnwerkstätten, Eger, Brünner, Schmidt und alle größeren Betriebe. Die Arbeiter zogen von den Betrieben in das Arbeiterheim, um dort Besprechungen abzuhalten und über die Wahl von Vertrauensmännern schlüssig zu werden.

In Ottakring stellten bis mittags sämtliche Betriebe die Arbeit ein. Die Arbeiter eilten in das Arbeiterheim ihres Bezirkes, wo sie von den Vertrauensmännern aufgefordert wurden, diesen Tag ruhig zu Hause zu verbringen. Abends 7 Uhr versammelten sich die Vertrauensmänner wieder, um die nötigen Vorkehrungen zu treffen.

In Floridsdorf und Stadlau setzte der Ausstand um 9 Uhr vormittags ein. Bis mittags standen alle Betriebe, etwa sechzig an der Zahl. Vormittags zogen die Arbeitermassen in das Arbeiterheim, wo eine Versammlung abgehalten wurde. Es wurde ein Permanenzkomitee aus Vertretern sämtlicher Betriebe eingesetzt. In Simmering feierten zuerst die Eisenbahnwerkstätte und Kitschelt, in der Brigittenau die Metallwarenfabrik Friedmann und Siemens-Schuckert. Weiters wurden von dem Ausstande sofort ergriffen: In Margareten die Firma Müller, in Meidling Kapsch, in Hietzing die Betriebe Müller, Demuth, Berlinger,

Kurz, Rietschel u. Henneberg, in Rudolfsheim Kahles, in Hernals Reichert, in Döbling Gräf u. Stift.

Auf der Landstraße kam es abends zu einer Demonstration. Die meisten Betriebe hatten schon am Vormittag die Arbeit eingestellt. Abends wurde im Drehersaale eine Versammlung abgehalten, die von zehntausend Arbeitern besucht war. Saal und Hof waren überfüllt. Die Polizei war in großen Massen aufgeboten. An die Versammlung schloß sich eine große Demonstration, durch die der Straßenbahnverkehr eingestellt wurde.

Was den Bahnverkehr betrifft, so hatte schon der Arbeiterrat von Wiener-Neustadt zu Beginn der Bewegung verfügt, daß die Eisenbahnen nicht in den Ausstand zu treten haben — vorübergehend trat Mittwoch morgens das Wiener-Neustädter Heizhaus in Ausstand, weil einer seiner Vertrauensmänner auf Knall und Fall einberufen worden war. Bald hatte es sich indessen aufgeklärt, daß diese Einberufung nicht mit der Ausstandsbewegung, sondern mit alten Denunziationen aus Anlaß des Heine-Krawalles zusammenhing, und der Ukas war übrigens sofort wieder aufgehoben worden. Die Exekutive der österreichischen Eisenbahner trat Mittwoch den 16. Jänner in Wien zusammen. Die Erregung der Eisenbahner, ihre Bereitschaft zum sofortigen Ausstand fand dabei kräftigsten Ausdruck. Man fragte beim Parteivorstande an und mit leidenschaftlicher Debatte entschied man, dem Rate des Parteivorstandes zu folgen; zugleich aber versicherten die Vertrauensmänner der Werkstätten, daß sie zur Stunde ihre Leute zurückzuhalten außerstande seien. In der Tat sind trotz aller Mahnungen in Wien die Hauptwerkstätten der Südbahn, der Nordbahn, der Ostbahn (Simmering) und der Nordwestbahn in den Ausstand getreten. In der Provinz haben sich später die Hauptwerkstätten in Linz, Knittelfeld und sonst vereinzelte Gruppen angeschlossen.

Der Ausstand war in manchen Bezirken Wiens von aufregenden Vorfällen auf den Straßen begleitet. In Floridsdorf hatten die Arbeiter die Absicht, in die Stadt zu ziehen, doch verzichteten sie darauf. Dagegen hatten sich in Favoriten in den Abendstunden große Massen in Bewegung gesetzt. In einigen Auslagen wurden von jungen Menschen die Scheiben eingeschlagen, worauf die Geschäfte im ganzen Bezirke geschlossen und verdunkelt wurden. Der Zug bewegte sich der Stadt zu; die Sicherheitswache trat ihm wiederholt entgegen und sprengte Teile in die Seitengassen ab. Die Wagen der Straßenbahn wurden zum Stehen gebracht, indem die Menge die Geleise besetzte; die Fahrenden mußten aussteigen. Der Zug bewegte sich unter stürmischen Rufen vorwärts und gelangte bis zur Oper. Auch da wurden die Straßenbahnwagen zum Stillstand gebracht; die Fahrenden blieben unbehelligt. Inzwischen hatte der Bürgermeister den Auftrag gegeben, den Verkehr nach Favoriten ganz einzustellen. Allmählich zerstreute sich die Menge auf der Ringstraße, nachdem die Wache wiederholt ihre Abschwenkung unternommen hatte. Bei diesen Vorfällen war das Eingreifen anarchistischer Gruppen fühlbar, die als geschworene Feinde jeder Organisation die Bewegung durch maßlose Verhetzung geradezu gefährdeten.

Bis zum Abend des Mittwoch war die Arbeitsruhe in Wien und in Wiener-Neustadt allgemein, ebenso in Neunkirchen wie im ganzen Schwarzagebiete. Ueberall regelten die Ausständigen selbst die nötigen Arbeiten, sahen auf Ordnung in den Straßen und sorgten selbst, daß die Verkehrsarbeiter ihre Arbeit weiterführten. So wuchs der Ausstand in die Breite. Mittwoch stand auch in Mödling die Arbeit. In Stockerau feierten zwei Betriebe. Das ganze Triestingtal feierte, es arbeitete auch nicht ein Betrieb. In Berndorf wurde für Donnerstag nachmittags eine große Manifestation vorbereitet. Abends hatte der Ausstand einige Betriebe in Inzersdorf ergriffen. Bis zur Stunde liegen noch nicht aus allen einzelnen Orten Niederösterreichs die Berichte vor, diese Darstellung kann daher nicht auf Vollständigkeit Anspruch erheben.

Die ersten Verhandlungen mit dem Ernährungsamte.

Inzwischen war am Dienstag morgens die vereinbarte Abordnung der Wiener-Neustädter im Ernährungsamte eingetroffen und von Renner in das Parlament geführt worden, wo Minister Höfer in der Kriegswirtschaftlichen Kommission über die „Geos" zu unterhandeln hatte. Zwölf Vertreter der Arbeiterschaft unter der Führung des Vertrauensmannes Brand und vier Direktoren unter der Führung des Vizebürgermeisters Beirer — unser Vizebürgermeister Ofenböck war leider erkrankt — trugen die Forderungen vor. Brand betonte sofort, daß die erste und hauptsächlichste Forderung der Abschluß des Friedens sei. Das Stocken der Verhandlungen in Brest-Litowsk habe das ganze Volk deshalb so gewaltig erregt, weil ihm das Scheitern oder eine längere Verzögerung des Friedens mit dem Zwange, zu verelenden und zu verkommen, gleichbedeutend sei. Der Hunger sei höchstens dann zu ertragen, wenn wenigstens sein rasches Ende abzusehen sei. Sämtliche Arbeiterdelegierten bekräftigten diese Ausführungen und betonten, daß die Massen sich durch leere Zusicherungen nicht beruhigen ließen. Die Verhandlungen wurden nachmittags im Ernährungsamte in Gegenwart der Abteilungsvorstände fortgeführt. Minister Höfer setzte sich wiederholt telephonisch mit der zuständigsten Stelle ins Einvernehmen, um den Delegierten die Friedensbereitschaft unserer Regierung zu verbürgen. Zugleich schilderte er die trostlosen Verhältnisse unserer Lebensmittelversorgung und versprach, Vertreter des Ernährungsamtes am Mittwoch nach Wiener-Neustadt zu entsenden, um die Verhältnisse zu prüfen und, wenn möglich, die notwendigste Abhilfe zu schaffen.

Mittwoch vormittags fand sodann im Brauhaussaale in Wiener-Neustadt unter dem Vorsitze des Bürgermeisters eine große Vertrauensmännerversammlung statt, in der sämtliche Delegierte — auch die Fabriksdirektoren — den Arbeitern die Antwort brachten und der Vertreter des Amtes für Volksernährung Oberst Wallenstorfer den Bericht über den Stand der Mehlversorgung erstattete. Er wurde von den Vertrauensmännern achtungsvoll angehört, die Informationen waren offenherzig, aber auch trostlos genug. An der Versammlung nahm auch Abgeordneter Renner teil, der den ganzen Tag in Wiener-Neustadt war. Nach dieser Versammlung übersiedelten die Arbeitervertrauens-

männer in das Arbeiterheim und berieten allein. Abgeordneter Renner übernahm es, den Parteivorstand über die Forderungen und Auffassungen der Wiener-Neustädter zu unterrichten. Es wurde übereinstimmend von allen Rednern ausgesprochen, daß die Kürzung der Mehlquote nicht die entscheidende Rolle spielt, vielmehr nur dem, was die Herzen der Arbeiter bewegt, Auslösung verschafft habe. Alle Vertrauensmänner legten das Hauptgewicht auf die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und auf den allgemeinen Frieden. In der Hauptsache gaben sie dem Empfinden Ausdruck, daß der Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk zwingend zu der Anschauung führen müsse, daß der rechte Ernst bei unseren Unterhändlern fehle und daß die Verhandlungen durch deren ganze Haltung gefährdet seien. Von einem Zurückgehen in die Arbeit könne keine Rede sein, um so mehr, als der ganze Wiener-Neustädter Boden mit der Bewegung verknüpft sei. Die Versammlung war um ½4 Uhr zu Ende. Danach fanden zwei große Massenversammlungen statt. Sie zeigten, daß die ganze Arbeiterschaft das Hauptgewicht auf den Frieden legt; es wurde anerkannt, daß sich das Ernährungsamt alle Mühe gebe, aber diese Mühe verliere sich ins Leere, da der Krieg, die Grundlage dieser Uebel, alle diese Uebel nur steigern müsse. Die Versammlungen machten den Eindruck vollster Entschlossenheit, verliefen aber äußerlich in voller Ruhe. Es wurde nachdrücklich beschlossen, durch eigene Umsicht alle Ausschreitungen zu verhindern und die Ordnung aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zwecke wurden eigene Ordner bestimmt. Ferner wurde beschlossen, eine Abordnung der Vertrauensmänner an den Parteivorstand zu senden, um ihn von der Stimmung und Entschlossenheit der Arbeiter zu unterrichten und ihn aufzufordern, alle Kräfte für die Erringung des allgemeinen Friedens lebendig zu machen. Um 3/46 Uhr abends herrschte im ganzen Orte vollständige Ruhe. Im ganzen Orte wurde strenges Alkoholverbot eingeführt.

Der Ausstand und die Parteivertretung.

Während der Ausstand, spontan ausgebrochen und von selbst im Fluge sich ausbreitend, in drei Tagen ganz Niederösterreich ergriff, hatte der Parteivorstand zunächst die ersten Vorkehrungen getroffen, um die Bewegung zu erfassen, zu leiten und vor Mißdeutung wie vor Abirrungen zu schützen. Die erste Nachricht war im Parteihause Montag abends durch einen fliegenden Boten aus Wiener-Neustadt eingetroffen und von der „Arbeiter-Zeitung" aufgenommen worden — die Zensur aber verbot zunächst das Erscheinen des Berichtes. Für Dienstag den 15. Jänner war schon vor einer Woche die Parteivertretung, das ist der durch die Vertreter aller Länder erweiterte Parteivorstand einberufen worden, weil die steigende Massenerregung die Teilnahme aller an der Beratung erforderte. In der Tat nahmen an den Beratungen der folgenden Tage auch die Vertreter der Provinz teil. Die Parteivertretung, nicht gewillt, sich irgendeiner Verantwortung zu entziehen, beschloß, Adler und Seitz zum Ministerpräsidenten zu entsenden, von diesem die Freigabe der Berichterstattung in der Presse zu fordern und die Regierung vor Unterdrückungsversuchen zu warnen. Um ½10 Uhr nachts fand diese Vorsprache statt und hatte den Erfolg, daß die Welt über die Vorgänge über-

haupt erfuhr. Zugleich erklärte sich der Parteivorstand für permanent. Gleichzeitig beschloß er, gemeinsam mit dem Parlamentarischen Klub, das nachfolgende Manifest, das seine Stellung zur spontan entstandenen Bewegung ausdrückt, an die Arbeitermassen zu richten:

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Verpflegungsschwierigkeiten der jüngsten Zeit haben in weiten Kreisen der Arbeiterschaft große Beunruhigung hervorgerufen.

Wir haben seit dem Anfang des Krieges immer wieder die Regierung und die ganze Oeffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß die **Organisation des Verpflegungsdienstes** durch die Selbstsucht der besitzenden Klassen, vor allem der österreichischen und der ungarischen Agrarier, und durch die Unzulänglichkeit der bürokratischen wie der autonomen Verwaltung verpfuscht und verdorben worden ist. Wir haben gefordert, daß die Vorrechte der Agrarier beseitigt, der Schleichhandel der Kapitalisten ausgerottet werden. Aber alle unsere Mahnungen waren vergebens. Alle unsere Forderungen blieben unerfüllt. So ist es gekommen, wie wir es vorausgesagt haben. Jedermann weiß, in welchem Zustand sich heute die Ernährung unseres Volkes befindet.

Was soll geschehen? Die Behörden sind oft beim besten Willen nicht mehr imstande, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen; wo zu wenig Mehl ist, kann auch der Bezirkshauptmann den Arbeitern nicht genug geben. Damit, daß die Lebensmittel einer notleidenden Stadt entzogen werden, um das drängende Bedürfnis einer anderen ebenso notleidenden Stadt zu befriedigen, ist nichts getan. Mit kleinen Mittelchen ist die schwere Krankheit nicht zu heilen. Und zu großzügiger Reform der ganzen Verpflegungsorganisation ist es zu spät. Heute kann uns nur noch eines helfen: **der baldige Friede!**

Auch er wird nicht eine sofortige Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse bringen. Aber er ist die erste Voraussetzung dafür, daß es besser wird!

Als vor dreieinhalb Jahren das Ultimatum Oesterreich-Ungarns an Serbien den Weltkrieg ausgelöst hat, hat man uns gesagt, der Krieg werde ausschließlich zur Verteidigung unseres Landes geführt. Alle Eroberungsgelüste seien den herrschenden Klassen Oesterreich-Ungarns fremd. Millionen haben alles Leid des Krieges geduldig getragen, Millionen Leib und Leben gewagt in der Ueberzeugung, es gelte nichts als die Verteidigung des Vaterlandes.

Immer wieder haben die Herrschenden uns versichert, daß sie jede Stunde zu einem gerechten Frieden, zu einem Frieden nicht der Gewalt, sondern der Verständigung, zu einem Frieden ohne Eroberungen bereit seien; daß sie jede Stunde zum Frieden bereit seien, wenn nur der Feind darauf verzichte, uns unseres Besitzes zu berauben. Millionen haben „durchgehalten" in der Ueberzeugung, daß uns nur die Raubgier des Feindes zur Fortführung des Krieges zwinge!

Endlich hat die russische Revolution die Hindernisse der Friedensverhandlungen mit kühner Hand aus dem Wege geräumt. In Brest-Litowsk sind die Vertrauensmänner der jungen russischen Republik mit den Bevollmächtigten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu Friedensverhandlungen zusammengetreten. Die Völker begannen wieder zu hoffen. Sie hofften auf den Frieden mit Rußland. Sie hofften, daß der Friede mit Rußland auch dem allgemeinen Frieden, dem Frieden mit unseren anderen Gegnern den Weg bahnen werde.

Jetzt aber erfahren wir, daß **die Verhandlungen mit Brest-Litowsk gefährdet** sind. Es ist zweifelhaft geworden, ob unsere Regierung imstande sein wird, sich mit dem demokratischen Rußland zu verständigen. Mit welcher anderen Regierung sollen wir Frieden zu schließen fähig sein, wenn wir uns nicht einmal mit der russischen Arbeiterregierung, mit dieser friedensbedürftigsten und friedenswilligsten aller Regierungen verständigen können?

Rußland verlangt von uns gar nichts. Es verlangt nicht einen Fußbreit deutschen oder österreichischen, bulgarischen oder türkischen Bodens. Es ist bereit, die von seinen Truppen besetzten Gebiete Oesterreichs, der Türkei und Persiens zu räumen. Haben wir wirklich nichts im Sinne als die Verteidigung unseres Landes und der Länder unserer Verbündeten, dann kann der Friede mit Rußland noch heute geschlossen werden. Und dennoch sind die Verhandlungen in Brest-Litowsk auf große Schwierigkeiten gestoßen.

Rußland verlangt nicht nur nichts von uns, es ist sogar bereit, auf einen Teil seines Besitzes zu verzichten. Es ist bereit, auf Polen, Litauen und Kurland, auf ein Gebiet, so groß und so volkreich wie Ungarn, zu verzichten, wenn es der Wille der Bewohner dieses Gebietes ist, sich von Rußland zu trennen. Rußland verlangt nur, daß die Völker Polens, Litauens und Kurlands selbst entscheiden sollen, was mit ihnen geschehen soll: daß in diesen drei Ländern das Volk, das ganze Volk, in aller Freiheit über sein Geschick entscheide. Die Mittelmächte dagegen, die früher selbst den drei Ländern ein „Volksvotum auf breitester Grundlage" verheißen haben, scheinen jetzt **nicht die Völker, sondern nur die Herrenklassen,** nicht Bürger, Bauern und Arbeiter, sondern nur den Adel der drei Länder zur Entscheidung berufen zu wollen! Und sie wollen das Volk nicht in Freiheit entscheiden lassen, sondern unter der Herrschaft fremder Waffen! Das ist es, wogegen die Russen sich wehren. Ließe man den Frieden an diesen Streitfragen scheitern, dann müßten wir den Krieg gegen Rußland zu dem Zwecke weiterführen, damit nicht das Volk, sondern nur die Herrenklassen Polens, Litauens und Kurlands über das Geschick dieser Länder entscheiden!

Welches Interesse haben wir an Polen, Litauen und Kurland? Welches Interesse daran, daß privilegierte Herrenklassen über die staatliche Zugehörigkeit dieser Länder entscheiden? Nur ein Interesse: von der Entscheidung dieser Herrenklassen erwarten die herrschenden Klassen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, daß sich Polen mit Oesterreich durch Personalunion verbinde, Kurland und Litauen sich Preußen „angliedern". Ließe man die Verhandlungen in Brest-Litowsk an dieser Streitfrage scheitern, so müßten wir den Krieg gegen Rußland zu dem Zwecke weiterführen, damit der Kaiser von Oesterreich zum König von Polen gewählt werde und damit der König von Preußen wirtschaftlich und militärisch über Kurland und Litauen verfüge!

Das Volk hat bisher die Opfer und die Nöte des Krieges getragen, um sein Vaterland gegen den Einbruch des äußeren Feindes zu verteidigen. Soll es jetzt den Krieg weiterführen, um die Macht Deutschlands und Oesterreich-Ungarns über fremde Länder auszudehnen?

Wir kennen die Not, wir kennen die Stimmung, wir kennen den Willen der arbeitenden Volksmassen in Oesterreich. Vor der ganzen Oeffentlichkeit erklären wir, daß die Fortführung des Krieges zu solchem Zwecke dem Willen der Völker Oesterreichs widerspräche! Die herrschenden Klassen Oesterreich-Ungarns sollen wissen, wie das arbeitende Volk über die Verlängerung des Krieges zu solchem Zwecke dächte! Sie sollen, wenn es dazu kommt, **allein die Verantwortung tragen** für alle Opfer, die dieser Krieg erheischen, für alle Leiden, die er dem Volke auferlegen, für alle Gefahren, die er in sich schließen wird!

Darum fordern wir euch, Arbeiter und Arbeiterinnen, auf, überall und immer wieder laut und nachdrücklich eure Stimme zu erheben und mit uns zu kämpfen:

Für die schleunigste Beendigung des Krieges!

Für den Frieden ohne offene und ohne verhüllte Eroberungen!

Für den Frieden auf der Grundlage des unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker!

Die Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten.

Mittwoch den 16. Jänner entschloß sich der Parteivorstand, die Forderungen, die der spontan entstandenen Bewegung zugrunde lagen und unausgesprochen die Herzen der Arbeiter erfüllten, zu formulieren, der unmittelbaren Aktion der Massen ein festes, sofort erreichbares Ziel zu geben und sie derart vor einem Mißerfolg, die Bevölkerung selbst vor einer nutzlosen Katastrophe zu bewahren. In langer, eingehender Beratung beschloß der Parteivorstand, die Forderungen, in vier Punkte gefaßt, zunächst einer breiteren Körperschaft zu unterbreiten und auch diese zur Leitung der Bewegung heranzuziehen. Zu einer gemeinsamen Sitzung wurden die Parteivertretung, die Gewerkschaftskommission und der Wiener Ausschuß vereinigt und in dieser wurde die Forderung zunächst beschlossen — der Parteivorstand war weit davon entfernt, von seiner unzweifelhaft gegebenen Kompetenz der alleinigen Leitung Gebrauch zu machen. Diese gemeinsame Sitzung beschloß, die zusammenhangslose Bewegung durch Vertrauensmänner zu sammeln, neuerdings eine Abordnung an den Ministerpräsidenten zu senden — sie trug ihm Mittwoch nachts diese Forderungen tatsächlich vor — und im Morgenblatt der „Arbeiter-Zeitung" vom Donnerstag die Erklärung des Parteivorstandes kundzumachen.

Erklärung des Parteivorstandes.

In vielen Betrieben in Wien und Niederösterreich ist gestern die Arbeit eingestellt worden. Diese Arbeitseinstellung ist das Ergebnis einer elementaren Bewegung, die ohne das Zutun der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation eingesetzt hat, einerseits infolge der Nachrichten über den Verlauf der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, anderseits infolge der jüngsten Maßregeln auf dem Gebiete des Verpflegungsdienstes.

Die Parteivertretung hält eine Beruhigung der Arbeitermassen nur unter den folgenden Voraussetzungen für möglich:

1. Wenn die Regierung vollkommen beruhigende Zusicherungen darüber geben kann, daß sie die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk nicht an irgend welchen territorialen Forderungen scheitern lassen wird; daß sie die Hindernisse, die dem Friedensschluß entgegenstehen, durch vorbehaltlose Anerkennung des unverfälschten, demokratischen Selbstbestimmungsrechtes der umstrittenen Länder aus dem Wege räumen wird; wenn die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft über den Stand der Friedensverhandlungen freimütig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen im laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht verweigert.

2. Wenn die Regierung einer gründlichen Reorganisation des Verpflegungsdienstes zustimmt, insbesondere der Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung und dem Verbot des Mahlens auf private Rechnung. Ohne uns darüber zu täuschen, daß auch diese Maßregeln nicht eine plötzliche Verbesserung des Verpflegungsdienstes herbeiführen können, glauben wir doch, daß sie die Arbeitermassen wenigstens darüber beruhigen würden, daß in Zukunft die vorhandenen Vorräte möglichst gleichmäßig verteilt werden.

3. Wenn die Regierung einwilligt, die Gemeindevertretungen, deren Beherrschung durch die am Lebensmittelwucher interessierten Klassen jede zweckmäßige Verpflegungspolitik unmöglich macht, zu demokratisieren, also unverzüglich die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für die Gemeindevertretungen den gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen.

4. Wenn die Regierung einwilligt, die Entrechtung der Arbeiter durch die Militarisierung der Betriebe aufzuheben.

Die einheitliche Organisation der bis dahin zusammenhanglosen Bewegung.

Die Gefahr der vom Proletariat selbst, ohne Weisung und ohne Rat irgendeiner Stelle begonnenen Aktion lag in dem Mangel jedes organisatorischen Zusammenhanges und jeder einheitlichen Zielsetzung. Die Erklärung des Parteivorstandes gab ihr ein vorläufiges Ziel, die Versammlungen vom Donnerstag gaben ihr die unerläßlichen Organe. Im Wiener-Neustädter Industriegebiete hatte das Proletariat sich schon tags vorher in einem Arbeiterrat ein einheitliches Organ geschaffen, dieser Arbeiterrat hatte Mittwoch beschlossen, mit dem Parteivorstand in Wien in Beziehung zu treten. Die zwölfgliedrige Abordnung des Wiener-Neustädter Arbeiterrates traf allerdings in Wien auf einen leeren Beratungssaal: Gerade Donnerstag vormittags fanden in Wien Hunderte von Versammlungen statt und fast jeder Genosse Wiens hatte in irgendeinem Bezirke zu reden; denn der Parteivorstand hatte folgenden Rat hinausgegeben:

Um die Bewegung in geregelte Bahnen zu lenken, fordern wir die Vertrauensmänner der streikenden Arbeiter auf, sich heute Donnerstag um 9 Uhr vormittags in den Parteilokalen der betreffenden Bezirke einzufinden und dort Bezirkskomitees zu wählen, die für die ordnungsmäßige Regelung des Ausstandes Sorge tragen sollen.

Zuerst wurde — nach den zurzeit vorliegenden Berichten — in Margareten und Meidling ein gemeinsames Komitee gebildet. Vormittags fanden drei Versammlungen statt. Nachmittags kamen auch die Arbeiter von Inzersdorf dazu. Es wurde ein Exekutivkomitee eingesetzt, das die Leitung übernahm. Die Versammlungsteilnehmer stimmten einmütig den Forderungen, die in der Erklärung der Parteivertretung aufgestellt wurden, zu, und die Vertrauensmänner beschlossen, täglich um 9 Uhr und 4 Uhr im Eisenbahnerheim zusammenzutreffen.

In Favoriten wurden für die Streikenden 53 Lokale bestimmt, in denen sie zusammenkommen. Um 9 Uhr früh kamen die Vertrauensmänner im kleinen Saale des Arbeiterheims zusammen, in der Neumann, Sigl und Pölzer sprachen. Es wurde ein dreizehngliedriger Ausschuß gewählt, dem auch die Abgeordneten angehören. Dieser Ausschuß sollte jeden Tag um 4 Uhr nachmittags zusammentreten. In der Vertrauensmännerversammlung wurde ferner beschlossen, daß im Arbeiterheim tagsüber der Ausschank eingestellt wird und daß Veranstaltungen vorläufig nicht stattfinden. Die Vertrauensmänner erhielten Legitimationen; sie erstatteten über die Beratungen im Arbeiterheim den Arbeitern, die in den einzelnen Lokalen zusammenkommen, regelmäßig Bericht.

Auf dem Alsergrund bildete sich gleichfalls am Donnerstag der Arbeiterrat des Bezirkes. Der Arbeiterrat sendete Mitglieder in alle Betriebe des Bezirkes und setzte insgesamt im Laufe dieses und der folgenden Tage alle größeren Betriebe (unter ihnen Jakob Lohner), insgesamt 22 Frauen- und 15 Männerbetriebe mit einer Gesamtarbeiteranzahl von

1600 still. Abends fand eine gemeinsame Versammlung, Freitag den ganzen Tag über fanden im Vereinsheim, Nußgasse 4, in Kührers Saal, Hahngasse, und in den Wirtschaften Kiesel und Heilig Versammlungen der Buchdrucker, Metallarbeiter, der kleinen Betriebe und der Frauen statt, die die laufenden Berichte der Vertrauensmänner entgegennahmen.

Auf diese oder ähnliche Weise organisierten sich im Laufe des Donnerstag alle Bezirke spontan, indem sich die Vertrauensmänner aller Fabriken von selbst in den Arbeiterheimen oder Privatlokalen zusammenfanden und sich unter verschiedenen Namen ein ständiges Aktionskomitee für den Bezirk gaben. Nachmittags veranstalteten zumeist schon diese Aktionskomitees Massenversammlungen, so in Simmering auf dem Eislaufplatz, in Rudolfsheim auf dem Heumarkt, in Ottakring in den elf größten Lokalen, in der Brigittenau in Janeceks Saal und so fort. Die meisten dieser Massenversammlungen erhoben die vier Forderungen der früh erschienenen Parteierklärung sofort zum Beschluß, in einigen wurde noch der Achtstundentag, die Begnadigung Fritz Adlers, die sofortige Abberufung der militärischen Betriebsleiter gefordert, in nicht wenigen gelangten auch Redner und Rednerinnen zu Wort, die anarchistisch-syndikalistische Auffassungen vertraten, die Organisation als bloßes Hemmnis der Bewegung verdächtigten und an Stelle der vier zunächst erreichbaren Punkte einen „Kampf bis ans Ende" verlangten. Die Zahl der Versammlungen in Wien mag an diesem Tage wohl hundert erreicht haben, die Zahl der Redner viele hunderte, und wohl kein Partei- oder Gewerkschaftsfunktionär, der nicht abgehalten war, versagte den Massen Rat und begeisternden Zuspruch. Zugleich aber rieten sie strenge Beachtung der vom Parteivorstand erlassenen Weisung:

Um unnötige Opfer zu vermeiden, bitten wir die Arbeiter und Arbeiterinnen dringend, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und alle Zusammenstöße auf der Straße zu vermeiden. Ihr demonstriert durch den Streik — die Wirksamkeit dieses Demonstrationsmittels könnte durch Straßenexzesse nicht gesteigert, sondern eher gefährdet werden.

Einen besonderen Versuch unternahm der Verband der Metallarbeiter, um die Massen zusammenzufassen. Er berief die Vertrauensmänner der Metallbetriebe ins Eisenbahnerheim, um insbesondere die Forderungen gewerkschaftlicher Natur und jene, die auf die Ernährung Bezug hatten, festzustellen und dem Ernährungsamte die Möglichkeit zu geben, sie aus dem Munde von Vertrauensmännern der Arbeiter selbst anzuhören. Diese Vertrauensmännerversammlung beschloß, Freitag eine Abordnung von etwa hundert ihrer Mitglieder in den Saal des niederösterreichischen Landtages zu entsenden, wo der Minister Höfer ihr Aufklärungen zu geben versprach.

An demselben Abend faßte der Parteivorstand zwei organisatorische Beschlüsse: Zur obersten Leitung der Bewegung wurde ein Permanenzkomitee eingesetzt, das aus dem (engeren) Parteivorstand, aus acht Mitgliedern der Gewerkschaftskommission und aus dem Wiener Ausschuß sich zusammensetzte. Das Permanenzkomitee beschloß, für das Industriegebiet einen Arbeiterrat einzuberufen, der aus den untertags schon in den Bezirken frei bestellten Exekutivkomitees bestehen sollte. Das Permanenz-

komitee wollte damit die letzte Entscheidung über Ausstand und Arbeitsaufnahme in die Hände der Vertrauensmänner der Werkstätten selbst legen. Die Ladung erging Freitag morgens in der „Arbeiter-Zeitung" auf folgende Weise:

„In den einzelnen Bezirken wurden gestern aus den Vertrauensmännern der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen Bezirkskomitees gebildet, die ihrerseits aus ihrer Mitte Bezirksexekutiven gewählt haben. Heute Freitag um 6 Uhr abends versammeln sich die Mitglieder aller Bezirksexekutiven Wiens im Margaretener Eisenbahnerheim. Die Bezirke haben die Mitglieder ihrer Bezirksexekutiven mit Legitimationen auszustatten. Zutritt zu der Versammlung im Eisenbahnerheim nur gegen Vorweisung der Legitimation."

So kam der erste Wiener Arbeiterrat zustande: Ueber Nacht emporgeschossen war sein Unterbau, die Bezirkskomitees, aus den Werkstätten des Bezirkes, aus ihm hatten sich von selbst als Mitglieder die Bezirksexekutiven gebildet, und diese waren nun für ganz Wien zusammengefaßt. Viele der so gewählten Vertrauenspersonen waren in engeren Parteikreisen noch ganz unbekannt, viele neue Leute. Das Vertrauen der Werkstatt selbst, die in den Bezirksversammlungen bewiesene Beredsamkeit und Geschlossenheit führte sie in den Arbeiterrat.

Noch aber war die schwierigere Aufgabe nicht erfüllt, die Bewegung des Wiener-Neustädter Bodens, die ja der Wiener den Anstoß gegeben hatte, mit der Wiener Bewegung zu vereinigen. Tags vorher hatten die Neustädter beschlossen, sofort eine Abordnung nach Wien zu senden. Als sie am Donnerstag morgens im Parteihaus eintraf, fand sie fast leere Räume — nahezu alle Parteifunktionäre waren in Versammlungen, die Fraktionsmitglieder zum Teile im Budgetausschuß des Parlaments, da die normale Sitzung des Permanenzkomitees erst auf 6 Uhr abends anberaumt war. Der Vorstand ermächtigte daher sein Mitglied Glöckel, in einer Sitzung, die von 1 bis 3 Uhr nachmittags im Fraktionslokale im Parlament mit der Neustädter Abordnung abgehalten wurde, ausführlich über alle bis zu jener Stunde gefaßten Beschlüsse, unternommenen Schritte und eingelangten Nachrichten zu berichten, um die Abendsitzung dadurch zu entlasten. Abends verhandelte das Permanenzkomitee zum erstenmal gemeinsam mit einer Wiener-Neustädter Abordnung. Diese vertrat durch Genossen Schönfeld vor allem den einen Wunsch der Provinzbewegung, daß ihr Kampf dem allgemeinen Frieden, nicht bloß dem Sonderfrieden mit Rußland gelte. Viktor Adler gab die Aufklärung, daß ein Separatfrieden mit Rußland vom Parteivorstand bloß als die gangbarste und kürzeste Brücke zum allgemeinen Frieden betrachtet werde. Im übrigen hatte sich das Permanenzkomitee in gedrängtester Eile mit äußerst schwierigen taktischen Fragen zu befassen: Einzelne Arbeitergruppen und ganze Branchen fragten an, sprachen vor, verlangten Auskunft, ob, wie und wann sie sich anzuschließen hätten. Das Ergebnis dieser Verhandlungen faßt der Aufruf vom Freitag morgens zusammen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der Parteivorstand hat gestern Verhandlungen mit der Regierung eingeleitet und ihr die Forderungen der Arbeiterschaft vorgelegt. Die Ver-

handlungen erstreckten sich auf alle Forderungen der Arbeiterschaft. Es wurde also über den Frieden, über die Verbesserung der Ernährungsorganisation, über die Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes und über die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe verhandelt. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt werden.

In den einzelnen Bezirken wurden gestern aus den Vertrauensmännern der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen Bezirkskomitees gebildet, die ihrerseits aus ihrer Mitte Bezirksexekutiven gewählt haben. Heute Freitag um 6 Uhr abends versammeln sich die Mitglieder aller Bezirksexekutiven Wiens im Margaretener Eisenbahnerheim. Die Bezirke haben die Mitglieder ihrer Bezirksexekutiven mit Legitimationen auszustatten. Zutritt zu der Versammlung im Eisenbahnerheim nur gegen Vorweisung der Legitimation.

Der Parteivorstand hält auch heute an dem gestern schon verlautbarten Beschluß fest, **daß jede Störung des Eisenbahnverkehrs zu vermeiden ist.** Eine Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs hält der Parteivorstand im gegenwärtigen Augenblick nicht für notwendig und er bittet daher die Eisenbahner dringend, den Verkehr aufrechtzuerhalten, da jede Unterbrechung des Verkehrs die Not der gesamten Bevölkerung überaus verschärfen würde. Der Parteivorstand fordert daher alle Eisenbahnverkehrsarbeiter, auch die Heizhaus- und Kohlenarbeiter auf, die Arbeit aufrechtzuerhalten und Konflikte bei der Arbeit zu vermeiden. Niemand ist berechtigt, diese Arbeit, die im Interesse der gesamten Arbeiterschaft notwendig ist, als Streikbruch anzusehen.

Aus denselben Gründen wiederholt der Parteivorstand die schon gestern verlautbarte Bitte an die Arbeiter aller Lebensmittelindustrien, an die Arbeiter der Straßenbahnen, der Gas- und der Elektrizitätswerke und an die Bergarbeiter, die Arbeit im gegenwärtigen Augenblick **nicht** einzustellen*).

Auch die Ausgabe der Zeitungen zu verhindern, hält der Parteivorstand vorläufig nicht für zweckmäßig.

Der Parteivorstand wiederholt schließlich seine Bitte an die gesamte Arbeiterschaft, trotz ihrer begreiflichen Erregung Disziplin zu halten, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und Zusammenstöße auf der Straße, die nur unnötige Opfer kosten würden, zu vermeiden.

Es ist im gegenwärtigen Augenblick notwendig, in würdiger Ruhe das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung abzuwarten. Es wird sich ja zeigen, ob die Regierung die Forderungen der Arbeiterschaft zu erfüllen bereit ist.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die parlamentarische Aktion am Mittwoch und Donnerstag.

Inzwischen hatte unsere parlamentarische Vertretung wiederholt einzugreifen. Die Vorsprache Seitz' hatte am Dienstag der Regierung die Einsicht beigebracht, daß es nicht angeht, die Nachrichten über den Streik zu unterbinden. Sobald im Laufe des Mittwoch die Forderungen

*) Aehnliche Weisungen hatte der Parteivorstand schon tags vorher erlassen: Im Interesse der gesamten Bevölkerung ersuchen wir die Arbeiter aller Lebensmittelindustrien, die Bergarbeiter, die Arbeiter der Eisenbahnen, der Straßenbahnen und der anderen Transportgewerbe, der Gas- und Elektrizitätswerke dringend, **nicht** die Arbeit einzustellen. Solche Ausstände würden die Notlage der gesamten Arbeiterschaft überaus verschärfen **und müssen daher unterbleiben.**

formuliert waren, wurden sie in einer neuerlichen Audienz in später Nachtstunde vom Fraktionsvorstand der Regierung Seidler unterbreitet und dargetan, daß sie das Mindeste dessen darstellen, was die Arbeiter bestimmen könnte, in die Werkstätten zurückzukehren.

Donnerstag früh trat der Budgetausschuß, der schon seit längerer Zeit auf diesen Tag einberufen war, zusammen. Sofort wiesen Seitz — über dessen Antrag die Tagesordnung für die Behandlung der auswärtigen Politik freigemacht worden war — sowie Adler und Ellenbogen mit den eindringlichsten Worten auf den schweren Ernst des Augenblicks hin, der es unerläßlich mache, sofort eine verpflichtende Erklärung über die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zu vernehmen. Ebenso nachdrücklich wurde die hinterhaltige Haltung kritisiert, der sich die Vertreter der Mittelmächte in der letzten Zeit schuldig gemacht haben, insbesondere, auch von anderen Rednern, die unglaubliche Rede des unglaublichen Generals Hoffmann zurückgewiesen. Die Erklärung, die hierauf der Ministerpräsident gab, war nicht gerade sehr inhaltsreich; immerhin war zu beachten, daß Graf Czernin — denn die Mitteilung stammte von ihm — erklärte, er blicke der Weiterentwicklung der Beratungen in Brest-Litowsk mit Vertrauen entgegen „und zweifle nicht, daß es gelingen werde, die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen". Diesen Willen den Mittelmächten einzuprägen, war der Zweck der Aktion, die die Arbeiter so kraftvoll begonnen hatten. Ganz ihrem Wesen entsprechend haben sich wieder einmal die Herren Deutschbürgerlichen aufgeführt. Vor allem meinten sie, es sei jetzt „unzweckmäßig", über den Frieden zu reden. Unzweckmäßig, da in allen Gehirnen nur dieser eine Gedanke lebt! Dann gaben sie durch den Herrn Dr. Mataja eine Erklärung ab, in der sie erstens die niederösterreichischen Arbeiter und dann die russische Revolution beschimpfen und sich gegen den allgemeinen Frieden kehren. Genosse Ellenbogen, der nach Toggenburg sprach, zeigte dem Ministerpräsidenten, wie wenig die Regierung die Situation beherrsche, wie ungenügend ihre Erklärungen seien: Noch schien man weder in Wien noch in Brest volles Verständnis für die ernste Entschlossenheit des Proletariats zu besitzen.

Im Laufe des Donnerstags traten im Auftrage des parlamentarischen Klubs die Abgeordneten Adler, Ellenbogen, Renner und Seitz mit den Mitgliedern der Regierung in Verhandlungen über die einzelnen Forderungen ein, sie wurden 9 Uhr nachts ins Ministerium des Aeußern zu Sektionschef Baron Flotow berufen, der ihnen vertrauliche Mitteilungen aus Brest übermittelte. Sie erklärten diese, obschon sie für sie persönlich von Wert seien, dennoch für wirkungslos, da sie eben bloß vertraulich seien. So mußte in der Nacht von Donnerstag auf Freitag der Draht Wien—Brest neuerdings beansprucht werden.

Der Höhepunkt der Ausstandsbewegung. Oberösterreich, Steiermark und Budapest.

Die Verhandlungen mit der Regierung, die Donnerstag bis tief in die Nacht fortdauerten, hatten einstweilen zu keinem brauchbaren Ergebnis geführt; so wuchs denn der Ausstand während des Freitags, des 18. Jänner, noch gewaltig in die Höhe und Breite, wenn auch in

geordneten Bahnen und endlich unter festerer Führung. Nun stand nicht bloß das Neustädter und Wiener Revier, unter Tags wurde bekannt, daß auch die Betriebe der Blumau sich anschlossen, daß in Linz alle Betriebe feierten, und Drahtnachrichten meldeten:

Linz, 18. Jänner. Seit heute stehen hier sämtliche Industriebetriebe. Es fanden zahlreiche Versammlungen statt.

Graz, 18. Jänner. Hier stehen sämtliche Industriebetriebe. Den ganzen Tag fanden Versammlungen der Streikenden und Vertrauensmännerversammlungen statt. Auch im ganzen steirischen Industriegebiet ruht die Arbeit, so in Kapfenberg, Donawitz, Bruck, Wartberg, Knittelfeld, Kalsdorf, Weiz. Das ganze Mürztal steht im Ausstand, dann die Veitscher Magnesitwerke.

Brünn, 18. Jänner. Die Arbeiter der Brünner Maschinenfabrik (Lutz-Werk) und der Brünn-Königsfelder Maschinenfabrik haben heute früh die Arbeit eingestellt.

Krakau, 17. Jänner. Seit Montag finden hier Straßenkundgebungen statt. Frauen sammelten sich in verschiedenen Teilen der Stadt, vorwiegend vor dem Magistrat und vor dem Statthaltereigebäude an. Während der Stadtratssitzung am Mittwoch bildeten sich wieder große Volksansammlungen vor dem Sitzungsgebäude, wobei Arbeiterabordnungen dem Stadtpräsidium ihre Beschwerden vorlegten. Die Polizeidirektion ordnete die Schließung aller Laden um 4 Uhr nachmittags an. Von 6 Uhr abends an darf niemand die Straßen betreten. Vor dem Statthaltereigebäude wiederholten sich die Manifestationen. In einigen Fabriken begann heute die Niederlegung der Arbeit.

Endlich kam auch aus Budapest die Botschaft: Die Arbeiter Ungarns schließen sich an!

Budapest, 18. Jänner. Heute früh sind hier die Arbeiter sämtlicher Industriebetriebe in Streik getreten. Mitgewirkt hat außer den Motiven, die die Wiener Bewegung veranlaßten, auch die provokante Rede Wekerles an die Arbeiter. Die Bewegung begann zunächst in einigen Betrieben, griff dann aber wie ein Laufeuer um sich. Die Parteileitung erließ an die Arbeiter folgenden

Aufruf:

Zahlreiche Fabriken stehen still, da die Arbeiter in Streik getreten sind. Die Unzufriedenheit der Massen und ihre Aufregung ist so groß, daß die Bewegung in kürzester Frist eine allgemeine wird.

Die großen Massen der Arbeiter, aber auch außer ihnen das Volk des ganzen Landes, sieht mit steigender Erregung, daß der Erfolg der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk durch Gebietsfragen, durch verkappte Annexionsbestrebungen gefährdet wird und daß die mit ihrer usurpierten Macht sich schwer vergehende nationale Arbeitspartei und ihr Führer Graf Stephan Tisza für die Fortsetzung des Krieges hetzen und daß die Regierung dies nicht zurückweist.

Die Arbeiterschaft hat keine parlamentarische Vertretung. Das Versammlungsrecht hat die Regierung konfisziert. Die Freiheit der Presse wird unerträglich beschränkt. Man unterdrückt gewaltsam die in der Arbeiterschaft und in den großen Massen des Volkes vorhandene Friedenssehnsucht; deshalb ist die Arbeiterschaft gezwungen, mit der Waffe des politischen Streiks ihren Protest gegen die Kriegshetze und die Annexionsbestrebungen zum Ausdruck zu bringen, um nachdrücklich die Beendigung des Krieges zu fordern.

Die innerpolitische Lage trug viel zur Steigerung der Erregung der Massen bei. Graf Stephan Tisza bereitet seine Rückkehr zur Macht so vor, daß er gegen die Löhne der Arbeiter wühlt, die Verkrüppelung der Wahlrechtsreform durchsetzen will und mit seiner Forderung der Konzentration sämtliche Parteien des Abgeordnetenhauses in den Dienst der konterrevolutionären Reaktion zwingen will. Die Arbeiterschaft protestiert dagegen, daß die Arbeitspartei in welcher Form immer an der Regierung des Landes teilnehmen soll.

Sie fordert die sofortige Verhandlung der Wahlrechtsreform und daß der Widerstand der Arbeitspartei mittels der Auflösung des Abgeordnetenhauses von der Regierung gebrochen wird.

Die Wucht des Kriegselends, der entsetzliche Wucher, die fast unbezwinglichen Hindernisse der Beschaffung von Lebensmitteln, Kleidern und Schuhen, die Kohlennot haben das arbeitende Volk des ganzen Landes unerträglichen Entbehrungen ausgesetzt, während es ungeduldig seine an die Front geknechteten Brüder erwartet. Das einzige Mittel gegen alles Leid und Weh ist: Der allgemeine Friede. Die deutschösterreichischen sozialdemokratischen Arbeiter streiken seit Tagen zu Hunderttausenden. Zusammengekettet durch dasselbe Leid, dieselben Ziele, dieselben Ideale, folgen die sozialdemokratischen Arbeiter Ungarns ihrem Beispiel und haben gleichfalls die Arbeit eingestellt.

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei hat ihrer Pflicht gemäß, als Wortführerin der Forderungen der Arbeiterschaft, ihre Aufgabe erkannt und fordert die Regierung auf, sie möge die gerechten Forderungen der Arbeiterschaft bezüglich des Friedens, des Wahlrechtes und der Verpflegung erfüllen. Es ist die Pflicht jener Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, die den Frieden und die Demokratie wollen, die Bewegung der Arbeiterschaft zu unterstützen.

Die Parteileitung fordert gleichzeitig die Arbeiter auf, sie mögen sich nicht provozieren lassen und durch unüberlegte Handlungen den Ernst und den Erfolg ihrer politischen Demonstration nicht gefährden.

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mögen sie selbst in die Hände nehmen. Deshalb mögen die Arbeiter jeder Fabrik aus ihren Reihen Ordner wählen, die im Einverständnis mit der Parteileitung und in ständiger Fühlung mit derselben die Bewegung leiten sollen.

Die sozialdemokratische Parteileitung.

Gegen 11 Uhr stellten auch die Straßenbahner die Arbeit ein und seither verkehrte keine Elektrische mehr. Die Erregung der Arbeiter wurde auch dadurch noch vermehrt, daß der Staatsanwalt gestern verboten hatte, über die österreichische Streikbewegung etwas zu berichten. Die „Nepszava“ wurde heute früh zuerst zensuriert und dann wegen einer kleinen Notiz konfisziert. Um 2 Uhr nachmittags fanden in Budapest und Umgebung fünfzehn Versammlungen der Streikenden statt. Morgen werden die Warenhäuser und die Banken geschlossen werden.

Diese Botschaften verbreiteten sich, da ja in allen Bezirken Wiens und in allen Arbeiterlokalen beinahe ständig Versammlungen abgehalten wurden, sofort durch die ganze Stadt und trieben die letzten Säumigen zum Anschluß. Es ist zurzeit unmöglich, auch nur eine annähernde Uebersicht über die ausständigen Betriebe zu geben. Die Zahl der Feiernden wird Freitag abends in Niederösterreich allein auf eine Viertelmillion angegeben.

Die zweite Beratung mit dem Ernährungsamt.

Unter allen Regierungsämtern machte das Amt für Volksernährung darin eine erstmalige und gewiß anerkennenswerte Ausnahme, daß sein Leiter, Minister Höfer, darauf Wert legte, persönlich vor den Vertrauensmännern der Arbeiter zu erscheinen und die Sache seines Dienstes vor ihnen freimütig zu vertreten, wie es der Generalernährungsinspektor Oberst Wallenstorfer in Wiener-Neustadt getan hatte. Wir wissen bereits, daß Donnerstag im Eisenbahnerheim ungefähr hundert Vertrauensmänner der Metallarbeiter gewählt worden waren; sie versammelten sich Freitag um 10 Uhr vormittags im Sitzungssaale des Landtages, mit ihnen Domes, Elderſch und Renner. Auch eine Vertretung der Unternehmer unter Führung des Abgeordneten Friedmann war zugegen.

Minister Höfer setzte in längeren Ausführungen auseinander, wie es zu dem jetzigen schlechten Stande der Ernährungsverhältnisse gekommen sei. Eine rasche Besserung könne er nicht in Aussicht stellen, obwohl das Ernährungsamt nach Kräften bemüht sein werde, mindestens eine

gerechtere Verteilung der vorhandenen Waren herbeizuführen. Die beabsichtigten Maßnahmen schilderte Höfer in ihren Hauptpunkten und in ihrer mutmaßlichen Wirkung.

Nach der Rede des Ministers ergriff eine Anzahl Arbeiter das Wort. In sehr sachgemäßer, aber an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig lassender Weise führten sie aus, daß in dem Falle, als nicht genügend Lebensmittel vorhanden seien und die derzeitige Organisation der Verwaltung nicht ausreiche, um eine wirklich gerechte Verteilung der vorhandenen Waren herbeizuführen, nichts übrig bleibe, als eben Frieden zu schließen! Die Redner wiesen übrigens auf die Fehler der Verwaltung und insbesondere auf die schwere Schädigung der Arbeiterschaft durch die volksfremden Gemeindeverwaltungen hin. So oft ein Arbeiter den unbedingten Friedenswillen des gesamten Volkes zum Ausdruck brachte, erscholl lauter Beifall. Nachdem die Arbeiter Kölbl, Steiner, Hanisch, Alois Bauer, Westermaier, Ferenz, Pils, Schicker, Trauschke, Hammerschmied und Rösch gesprochen hatten, faßte Genosse Elderisch das Ergebnis zusammen. Auch seine Rede gipfelte in der Ueberzeugung, daß nur ein rascher Friedensschluß der Erregung der Massen Einhalt tun könne.

Diese denkwürdige Tagung hatte ein positives Ergebnis. Sie überzeugte die Vertrauensmänner und durch diese die hinter ihnen stehenden Massen, daß eine wesentliche Besserung des Ernährungszustandes im Kriege nicht zu erwarten sei!

Die parlamentarische Aktion am Freitag.

Im Budgetausschuß drang Seitz neuerdings auf klare eindeutige Erklärungen und verwahrte sich gegen die Art, wie zu Brest verhandelt wurde.

„Es läßt sich der Verdacht nicht abwehren, daß in Deutschland nicht nur die Regierung verhandle, sondern daß sich auch die Generalität in die Politik einmenge. Nicht nur der Ton des Generals Hoffmann ist es, man wird auch den Eindruck nicht los, daß die deutsche Regierung ihre Politik vom Militär beeinflussen lasse. Der deutsche Reichstag ist in seiner Mehrheit einig mit der deutschen Regierung in dem Wunsche nach Frieden. Wir brauchen eine klare Erklärung unserer Regierung, die das Vertrauen erweckt, daß die Verhandlungen möglichst bald abgeschlossen werden. Die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten ist ungenügend.

Die Sozialdemokraten haben wiederholt öffentlich im Parlament, in Versammlungen und in der Presse erklärt, daß sie das Vertrauen zu dem Grafen Czernin haben, daß er den Frieden will und anstrebt. Aber sie müssen anderseits auch sagen, daß allmählich das Vertrauen in die Kraft des Grafen Czernin zu schwanken beginnt, der Dinge Herr zu werden, den Einflüssen der deutschen Konservativen und Junker, der deutschen Annexionisten Widerstand zu leisten und zu einem raschen Abschluß zu kommen. Wir Sozialdemokraten erklären demgegenüber mit allem Nachdruck, daß man den breiten Massen ehestens die Versicherung geben muß, daß der Friede mit Rußland nicht scheitern werde, insbeson-

dere nicht an irgend welchen territorialen Interessen oder an einem Interesse an Polen. Die Sozialdemokraten haben die Bewegung in den Massen der Industriearbeiter nicht „angezettelt" und nicht in die Wege geleitet, diese Bewegung ist ein spontaner Ausbruch des Willens der Volksmassen, ausgelöst durch die Schwierigkeiten in der Ernährung, aber verursacht durch die Erschütterung des Vertrauens auf einen raschen Abschluß der Verhandlungen mit Rußland. Wer glaubt, daß man noch warten könne, der irrt."

Graf Toggenburg, der Minister des Innern, entschloß sich nun zu einer Erklärung, die, obschon noch immer unzulänglich, doch schon die wachsende Erkenntnis für den Ernst der Bewegung erkennen ließ:

Minister des Innern Graf **Toggenburg:**

Ich möchte mir nur erlauben, ein paar Worte in Angelegenheit der Person unseres Ministers des Aeußern und des Charakters der derzeitigen Friedensverhandlungen vorzubringen. Der Abgeordnete Seitz hat betont, daß eine überwältigend große Zeit uns bevorsteht und daß wir heute vielleicht den ersten ganz großen Auftakt dieser Neuentwicklung bereits mitmachen. Dieser Weltkrieg hat alles übertroffen, was je war, er hat ganz neue Bedingungen für die Weiterentwicklung der Gesamtheit geschaffen, und diese neuen Bedingungen beginnen sich nun in Tatsachen umzusetzen. **Es wäre geradezu frivol, wenn irgend jemand, der heute zur Verwaltung und Vertretung öffentlicher Interessen berufen ist, diese Zeit nicht erkennen würde.** Ich glaube, Sie alle müssen es uns doch zubilligen, daß wir sie geradeso erkennen wie Sie. Wenn das nicht der Fall wäre, so würden wir auf einer bedeutend tieferen Stufe stehen als der große Teil aller denkenden Menschen, die es heute gibt. Die Angst des Volkes, daß ein Verkennen dieser Zeit irgendwo vorliegt, ist begreiflich und es wird immer wieder die Aufgabe aller jener Männer sein, welche Einfluß auf das Volk haben, in dieser Richtung das Volk zu beruhigen und ihm zu sagen: Ihr könnt darauf vertrauen, daß alle wissen, was auf dem Spiele steht.

Meine Herren! Wir haben das große Glück, in dieser Zeit einen Minister des Aeußern zu haben, der, wenn er objektiv beurteilt wird, Vertrauen erwecken muß. Sie glauben, es als Schwierigkeit bezeichnen zu sollen, daß bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ein Exzellenzherr, der zufällig auch ein Graf ist, einem Volksmann vom Typus des Trotzky gegenübersteht. Ich habe leider nicht die Ehre, Trotzky zu kennen. Ich kenne ihn nur nach den Schilderungen der Herren Sozialdemokraten und im übrigen nach den Schilderungen der Zeitungen. Ich kann mir aber doch vielleicht ein Bild von ihm machen. Dafür kenne ich aber den Grafen Czernin ziemlich genau und es klingt vielleicht paradox, aber ich kann Ihnen nach meiner vollsten Ueberzeugung sagen, **daß Graf Czernin und Trotzky viele Aehnlichkeiten aufweisen** und daß gerade dieser Zufall, daß sich dort zwei ähnliche Menschen gegenüberstehen, eine Bürgschaft dafür bietet, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk gut gehen werden. Sie sagen, daß Trotzky nicht einen Moment zögern würde, wieder als Schiffsjunge in die Welt hinauszugehen, irgendwo als Sträfling zu enden oder vielleicht in einer noch schlimmeren Form. Ganz das gleiche gilt — das kann ich Ihnen sagen — vom Grafen Czernin. Graf Czernin ist ein Mensch, der von seiner Ueberzeugung nicht einen Schritt abweicht, wenn es ihn auch seine ganzen Stellungen kostet, wenn es ihn auch zum Bettler macht. Das ist ihm ganz gleichgültig. Er geht seinen geraden Weg, er ist eine der härtesten und konsequentesten Naturen, denen ich je begegnet bin. Er hängt so gar nicht an

überlieferten, vielleicht feudalen Ansichten oder dergleichen, daß er mit sehr vielen Exzellenzen und so manchen Grafen in einem ganz essentiellen Widerspruch steht. Ich glaube daher, daß Czernin wirklich nichts anderes im Auge hat, als zu einem Frieden zu kommen, der für Oesterreich annehmbar ist, daß er gerade der Mann für unsere Zeit ist, daß er der ist, auf den Sie alle unbedingt vertrauen können. Wenn Sie aber auf ihn vertrauen — und Abgeordneter Seitz hat ja auch ausgesprochen, daß das Volk auf ihn vertraut — so ist es doch ganz gewiß unser aller Pflicht, ihm zu helfen, es ist die heilige Pflicht aller jener, die den Frieden haben wollen. Vielleicht niemand, auch aus der Partei des Herrn Vorredners, will den Frieden aufrichtiger und wahrhafter, als ihn Graf Czernin zu erreichen bestrebt ist. **Er wird die Friedensverhandlungen nach meiner Ueberzeugung überhaupt nicht scheitern lassen,** sofern natürlich nicht ganz unmögliche Dinge als Forderungen an ihn herantreten. Aber diese ganz unmöglichen Dinge werden nicht herantreten, denn wir dürfen nicht vergessen, daß ja beide Teile den Frieden wollen. Das hat ja auch der Vorredner betont. Wir treffen uns also in dem Hauptpunkt, daß wir und die Russen den Frieden haben wollen. Wie soll er da scheitern, wenn sich zwei Menschen gegenübersitzen, welche das gleiche wollen? Sie werden sich nur über den Weg zu einigen haben, den sie zu gehen haben. **Verschleppungen von unserer Seite werden auch nicht eintreten,** denn eine Verschleppung würde eine Absicht voraussetzen, die sich mit den Ueberzeugungen des Grafen Czernin nicht deckt, weil Graf Czernin genau weiß, so wie wir alle es fühlen, daß ein möglichst rascher Abschluß des Friedens, so rasch wie es überhaupt nur möglich ist, **im Interesse Oesterreichs gerade so wie in jenem Rußlands liegt.** Sie glauben an seine Aufrichtigkeit, Sie beginnen aber seiner Kraft zu mißtrauen. Sie müssen aber bedenken, unter welchen ganz besonderen Schwierigkeiten diese Verhandlungen leiden. Es ist das erstemal, daß Friedensverhandlungen nicht hinter hermetisch geschlossenen Türen geführt werden. Hat es denn je einen Frieden gegeben, dessen Ergebnis allen Parteien entsprochen hat? Wie soll es denn eine Friedensverhandlung geben, wo jedes Wort, das gesprochen wird, das Plazet aller Parteien finden kann? Es ist also begreiflich, daß Kritik geübt werden kann und Kritik geübt wird, sobald die Verhandlungen so offen geführt werden wie gegenwärtig. Wir haben aber alle, die den Frieden wollen, eine so große Pflicht, dem Grafen Czernin zu helfen, daß von der Regierung doch nur zweierlei geschehen kann: **Das ist die Abgabe der Erklärung, daß der Wille, zum Frieden zu kommen, ein rücksichtslos aufrichtiger ist, so aufrichtig, als es überhaupt von irgendeiner Seite gewünscht werden kann.**

Zugleich aber ließ **Czernin** selbst durch das Telegraphenbüro folgende, allerdings ihn persönlich aufs höchste verpflichtende Erklärung verbreiten:

„Die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierungen von Petersburg und Kiew sind in vollem Gange, deren Verlauf ist allerdings langwierig und schwierig. **Ich hafte und bürge jedoch dafür,** daß der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe. **Wir wollen nichts von Rußland,** weder **Gebietsabtretungen** noch **Kriegsentschädigungen.** Wir wollen nur ein freundnachbarliches, auf sicherer Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen beruht."

Da diese Erklärung nicht nur an das Hinterland gerichtet war, sondern zugleich Rußland und der ganzen Welt zukommen mußte, bedeutete sie in der Tat einen gewaltigen Fortschritt gegenüber allen vorangegangenen Kundgebungen.

Die Verhandlungen und die erste Sitzung des Wiener Arbeiterrates.

Inzwischen liefen die Verhandlungen mit der Regierung den ganzen Freitag fort, ohne zum Abschluß zu gelangen. Die Ursache dieser Fruchtlosigkeit lag darin, daß der Parlamentarische Klub auch die persönliche Friedensbürgschaft des Grafen Czernin, wie entschieden sie auch lautete, nicht als zulänglich befinden konnte. Insbesondere über die polnischen Pläne und die Selbstbestimmung der polnischen Nation mußte offene Aufklarung geboten werden. Inzwischen hatten die Gewerkschaften die Genossen Domes und Hanusch zur Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen dem verhandelnden Klubpräsidium beigesellt. Draußen in den Arbeiterbezirken tagten gleichzeitig zahlreiche Massenversammlungen und berieten voll leidenschaftlicher Erregung, wenn auch zumeist in geordneter Ruhe. Nur in einzelnen Bezirken, wie auf der Landstraße, versuchten die anarcho-syndikalistischen Elemente, die sich zum Teile Linksradikale nennen, unter Führung des bekannten Großmann, der sich den Schauspielernamen „Ramus" beilegt, und des aus den Organisationen mehrfach ausgeschlossenen Koritschoner verwirrende Vorstöße. Sie verwarfen jedes Verhandeln mit der Regierung, hofften die Erregung bis zum Aufstand zu steigern, wetterten gegen jede „Organisation", die die Tatkraft der Massen bloß lähme, beschimpften und verdächtigten den Parteivorstand maßlos und erschwerten den Massen, sich über die erreichbaren Ziele klar zu werden. Leider haben auch zwei, drei Werkstätten sich von diesen unverantwortlichen, der Partei und dem Proletariat selbst fremden Elementen ins Schlepptau nehmen lassen.

So kam die sechste Abendstunde des 18. Jänner heran, in der der erste Arbeiterrat Wiens zum erstenmal zusammentreten sollte. Im großen Saale des Arbeiterheims nahm er seine Verhandlungen auf, bestellte Skaret, Pölzer und Seyer zu Vorsitzenden und nahm von Seitz den Bericht über die Bewegung entgegen. Der Parteivorstand unterbreitete ihm zunächst die von ihm vorläufig beschlossenen vier Punkte der Forderungen, um sich der Zustimmung der Werkstätten zu vergewissern. Wie natürlich, wurden auch weitergehende Forderungen gestellt, so nach Abschaffung der Zensur, nach dem Achtstundentag und nach der Freilassung Fritz Adlers. Man beriet bis 11 Uhr nachts, die abändernden Anträge wurden teils zurückgezogen, teils abgelehnt und die aufgestellten programmatischen Forderungen genehmigt. Das verdient festgehalten zu werden, weil in der Verwirrung dieser Tage der Vorwurf laut wurde, der Parteivorstand habe die Forderungen eigenmächtig formuliert. Wie richtig der Arbeiterrat besonders in der Frage Friedrich Adlers entschieden hatte, ergab sich alsbald: Die Anarcho-Syndikalisten verbreiteten nämlich die Legende, die Partei habe die Bewegung für die Zusage, Fritz Adler werde befreit werden, also um eines persönlichen Gnadenaktes willen, verraten, — welche Verleumdungen hätte diese Gruppe erst in die Welt gesetzt, wenn die Begnadigung Fritz Adlers tatsächlich als Verhandlungsbedingung aufgestellt worden wäre!

Die Versammelten erfuhren noch, daß die Buchdrucker trotz des Abratens des permanenten Zentralkomitees beschlossen hatten, den Zeitungs-

druck einzustellen. Mit ihrer Zustimmung beschloß die Parteileitung, um die Arbeiterschaft selbst über die Bewegung zu unterrichten, „Mitteilungen an die Arbeiter" herauszugeben und der Arbeiterrat nahm diesen Beschluß zur Kenntnis. Endlich wählte er aus seiner Mitte eine vierzehngliedrige Abordnung, die tags darauf, am Samstag, die Sache der Arbeiter vor dem Ministerrate führen sollte. Man war sich im reinen, daß zu dieser Aufgabe bloß Vertreter der Werkstätten bestimmt sein konnten. Die Vorschläge hiezu erstattete Wiedenhofer und sie fielen durchweg auf neue Männer, die bisher keine Partei- oder Gewerkschaftsstellung bekleidet, die jedoch in der Ernährungskonferenz im Landhause sich als entschlossene Vorsprecher der Arbeiterschaft verraten hatten, darunter zwei Frauen. Es folgen Namen und Beruf der Mitglieder der Abordnung:

1. Ferdinand Steiner, Eisendreher, Arsenal; 2. Franz Thoma, Spengler, Flugzeugfabrik; 3. Rudolf Rehak, Fraiser, Optischer Betrieb; 4. Josef Hammerschmied, Schlosser, Brigittenau; 5. Karl Walz, Maschinenschlosser, Siemens-Schuckert; 6. Alois Bauer, Dreher, Clayton u. Shuttleworth; 7. Konrad Lötsch, Eisenbahnwerkstätte Floridsdorf; 8. Franz Ziegler, Schmied, Eisenbahnwerkstätte Rudolfsheim; 9. Josef Baulin, Tischler, Flugzeugfabrik; 10. Franz Rzehak, Kupferschmied, Staatsbahnwerkstätte Simmering; 11. Anton Wieser, Buchdrucker; 12. Franz Kögler, Straßenbahner; 13. Aloisia Münnich, Tabakarbeiterin; 14. Marie Scherl, Schneiderin.

So war denn bis in die Nacht des Freitag die Bewegung in allen ihren Teilen und Gliedern geregelt und organisiert, die direkte Aktion der Werkstätten mit der parlamentarischen Aktion in voller Verbindung und ein geordneter Presse- und Nachrichtendienst eingerichtet: die Geschlossenheit und Einheit der Aktion gesichert. Binnen weniger Tage war durch das Aufgebot aller Kräfte, aller Einrichtungen und aller Menschen, die der Arbeiterschaft zu Diensten standen, das große Werk vollbracht: Aus der wild aufflackernden, zusammenhanglosen, chaotischen Bewegung war eine organisierte, zielsichere, auf die Auswahl ihrer Mittel wohlbedachte Kampfeinheit von einer Viertelmillion Ausständiger geworden — nun war die zweifache Sorge gebannt, daß der Ausstand entweder ergebnislos in sich zusammenbreche und zum Schlusse unsere besten und entschlossensten Kämpfer vereinsamt der Unterdrückung und Verfolgung anheimfallen, oder daß er in zweckloser Anarchie ausarte, zu einer Katastrophe, deren Folgen für die ganze Arbeiterklasse selbst unabsehbar waren. Die Organisation, das höchste Gut und die größte Tugend des Proletariats, hatte sich bewährt.

Der Samstag. — Die Unterhandlungen.

Die erste Nummer der „Mitteilungen an die Arbeiter", die am Samstag morgens erschien, faßte in dem folgenden Aufruf an ihrer Spitze die bisherigen Ergebnisse und Beschlüsse zusammen:

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Der Parteivorstand nimmt die heutige Erklärung des Grafen Czernin über den Frieden mit Genugtuung zur Kenntnis und erkennt ihre Entschiedenheit an. Der Parteivorstand hält es aber für notwendig, daß die Arbeiterschaft über die

Haltung der Regierung in den konkreten Fragen, die den Gegenstand der Verhandlungen in Brest-Litowsk bilden, unterrichtet werde. Die Verhandlungen darüber werden morgen fortgesetzt werden.

Auch die übrigen Forderungen der Arbeiterschaft waren heute Gegenstand der Verhandlungen mit der Regierung. Auch diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Der Ernährungsminister Generalmajor Höfer hat heute im Sitzungssaale des niederösterreichischen Landtages eine vielköpfige Deputation der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen empfangen und ihnen über die Ernährungsfragen berichtet. Die Vertrauensmänner hatten Gelegenheit, den Minister über die Stimmung der Arbeiterschaft freimütig zu unterrichten und ihn insbesondere in keinem Zweifel darüber zu lassen, daß die Forderung nach dem Frieden vor allen anderen Forderungen steht.

Um 6 Uhr abends versammelten sich die Bezirksexekutiven aller Wiener Bezirke im Eisenbahnerheim. Skaret und Pölzer führten den Vorsitz. Seitz berichtete über die Verhandlungen mit der Regierung. Diesem Berichte folgte eine längere Debatte. Schließlich wurde der Bericht des Parteivorstandes zur Kenntnis genommen. Die Versammlung beschloß ferner, auch die Aufhebung der auf das Arbeiterrecht bezüglichen Bestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes zu fordern und den Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten aufzufordern, er möge seine Bemühungen fortsetzen, damit den Opfern der Ausnahmsjustiz ihr Recht werde.

Morgen Samstag um 6 Uhr abends werden die Beratungen im Margaretener Eisenbahnerheim fortgesetzt. Zutritt haben auch morgen nur die Mitglieder der Bezirksexekutiven gegen Vorweisung der Legitimation.

Der Eisenbahn- und der Straßenbahnverkehr sind auch weiter ungestört aufrechtzuerhalten. Ebenso ist die Arbeit in allen Lebensmittelindustrien, im Bergbau, in den Gas- und Elektrizitätswerken **nicht** einzustellen.

Die Arbeiterschaft hat in diesen erregten Tagen musterhafte Disziplin gehalten. Der Parteivorstand erwartet, daß sie auch weiter im Vertrauen auf ihre Vertreter das Ergebnis der Verhandlungen mit der Regierung in würdiger Ruhe abwarten wird.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Diesen Verhandlungen war der ganze Samstag gewidmet, sie fanden im Ministerzimmer des Parlaments statt, während im Parteihause Abordnungen einzelner Berufe und einzelner Industrieorte Niederösterreich ein und aus gingen — auch die Ungarn hatten einen Delegierten zu der Abendsitzung des Arbeiterrates entsendet.

Am frühesten kam der zweite Punkt der Forderungen, der das Ernährungswesen betrifft, zum Abschluß. Schon im Zuge der Verhandlungen hatte das Amt für Volksernährung die Verordnung erlassen, wonach die Brot- und Mehlquote für Selbstversorger und Staatsversorger gleichgestellt wurde. Die ursprüngliche Absicht des Amtes, auch die Brotration zu kürzen, wurde bei den Unterhandlungen, die von Elderſch und Renner mit Höfer und Wallenstorfer geführt wurden, abgewehrt und eine einheitliche Regelung der Broterzeugung verlangt. Zur Verhinderung der Unterschleife in den Lohnmühlen wurde eine Neuordnung vereinbart, deren Einzelheiten allerdings der Kriegsgetreideverkehrsanstalt vorbehalten bleiben mußte. Die letzten Abmachungen über diesen Punkt wurden erst um ½8 Uhr abends im Amte für Volksernährung fertiggestellt.

Weitaus schwieriger kamen Vereinbarungen über den vierten Punkt zustande — er wurde von Seitz und Domes mit dem Landesverteidigungsminister Czapp verhandelt, der seinerseits das Einvernehmen mit dem Kriegsministerium zu pflegen hatte. Wohl fehlte es nicht an Entgegenkommen, aber die sachlichen Schwierigkeiten schienen zeitweise unübersteigbar. Handelt es sich doch bei der Kriegsleistung um Einrichtungen eines Gesetzes, das wieder nur durch ein Gesetz zu beseitigen ist — an eine §-14-Verordnung konnte nicht gedacht werden —, noch dazu eines Gesetzes, das mit Ungarn vereinbart ist und einseitig vom österreichischen Parlament nicht außer Kraft gesetzt werden kann! Es war für die Unterhändler ein bitterer Gedanke, daß dieser Umstand eine sofortige Abhilfe, nach der die Arbeiterschaft am lautesten ruft, beinahe undenkbar erscheinen ließ. Trotzdem wurde ein Ausweg gesucht und erreicht.

Dramatisch und kritisch verliefen die Verhandlungen über das Gemeindewahlrecht. Zunächst war der Regierung der Zusammenhang dieser Forderung mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft klarzumachen. Es ist leider der Oeffentlichkeit viel zu wenig bekannt, wieviel die Arbeiterschaft im Kriege gerade deshalb zu leiden hatte, daß die Gemeindeverwaltungen im Ernährungsdienste so ganz und so lange versagt haben. Ausschließlich in Händen der Besitzenden, in der Regel direkt der Lebensmittelgewerbe, kümmerten sie sich um das Los der Arbeiter, die ja keine Wähler sind, blutwenig, sorgten selten für das Notdürftigste vor und vereitelten noch dazu die Durchführung der staatlichen Ernährungsvorschriften — anderseits aber unterließen sie oft die primitivsten Vorkehrungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, dies in Orten, in denen sich große Arbeitermassen der Munitionsindustrie zusammenballten und die vorhandenen Wohnhäuser vom Kellerraum bis zu den Dachlucken vollfüllten. Unbeschreiblich sind die Leiden der arbeitenden Klassen im Kriege, und kaum etwas haben sie bitterer empfunden als das Versagen der Gemeinden.

Die Vertreter des Klubs hatten verlangt, daß eine Novelle zur Reichsgemeindeordnung vom Jahre 1862 den Gemeinden das allgemeine und gleiche Wahlrecht vorschreibe; durchführen müßten die Reform allerdings die Landtage, aber es ist ein leichtes, sie dazu zu verhalten: diese Novelle sollte die Bestimmung aufnehmen, daß jene Länder, die die Reform nicht durchführen, auf die Ueberweisungen aus den Staatssteuern verzichten. Auf diesen Vorschlag ließ sich T o g g e n b u r g, mit dem Adler, Renner und Seitz darüber verhandelten, aus staatsrechtlichen Bedenken nicht ein, und so mußte ein anderer Ausweg gesucht werden: Die Regierung sollte sich verpflichten, erstens den Landtagen selbst Vorlagen zu unterbreiten, und zweitens ausdrücklich erklären, daß sie gegen Landtagsbeschlüsse, die das allgemeine und das Frauenstimmrecht enthalten, nicht den Einwand des Sanktionshindernisses machen werde. Man erinnert sich, zu welchen demagogischen Scheinmanövern dieser Einwand von Lueger 1898 benützt worden war: Er ließ in der Gemeinde Wien das allgemeine Stimmrecht beschließen, bestellte sich inzwischen das sogenannte Faschingsministerium Wittek, reiste nach Rom und ließ den Gemeinderatsbeschluß durch das „Sanktionshindernis" Witteks abtun. Der Klub

mußte sich schon angesichts der eben fälligen Gemeindewahlreform in Wien gegen derlei einverständliche Manöver sichern. Endlich verlangte Renner die endliche Kundmachung des schon beschlossenen Gesetzes über die Einführung des Proporzes in den Industriegemeinden Niederösterreichs.

Der Minister Toggenburg verteidigte gegen diese Forderungen das Interesse der heute in den Städten herrschenden Bourgeoisie, somit — bewußt oder unbewußt — das Interesse der Christlichsozialen und deutschnationalen Parteien. Es blieb kein Geheimnis, daß er zugleich mit dem Bürgermeister Weiskirchner verhandelte. Trotzdem gelang es, auch in diesem Punkte zu einer Vereinbarung zu gelangen, sie schien abgeschlossen, und schon wartete im sozialdemokratischen Klublokal des Parlaments die vierzehngliedrige Abordnung, um zur vereinbarten Stunde — ½9 Uhr abends — vorzusprechen. Da wurden Renner und Seitz noch einmal zu Toggenburg gerufen, der überraschenderweise erklärte, daß die Vereinbarung doch — unmöglich sei. Deutschnationale Vertreter hatten gegen das allgemeine Wahlrecht in den Gemeinden aus nationalen Besitzstandsgründen kategorischen Einspruch erhoben. Renner und Seitz erklärten ihrerseits, sofort die Vertrauensmänner davon verständigen zu müssen, daß die Verhandlungen gescheitert seien, und schickten sich an, das Beratungszimmer zu verlassen. Toggenburg berief einen deutschnationalen Abgeordneten, offenbar den Vertrauensmann dieser Gruppe, der als Vorschlag zur Güte empfahl, die Klausel aufzunehmen: Jedoch könne das allgemeine Wahlrecht in den Gemeinden erst eingeführt werden, bis die nationale Frage in dem betreffenden Kronlande geregelt sei. Lautes Lachen war die Antwort. Renner und Seitz erklärten, daß die Arbeiterschaft auf ihre primitivsten Gemeinderechte nicht warten könne, bis es den nationalen Bourgeoisien beliebe, sich zu verständigen, das heißt praktisch auf den Sankt Nimmerleinstag. Uebrigens geben der Proporz und besondere Vorkehrungen, wie sie die Stadt Budweis selbst in Vorschlag gebracht habe, volle Möglichkeit, die begründeten Rechtsansprüche der nationalen Mehr- und Minderheiten auch beim allgemeinen Stimmrechte zu schützen. Diesem Bedürfnisse trage die Klausel „unter Anpassung an die besonderen nationalen Verhältnisse" ausreichend Rechnung, und weiter zu gehen hätte die Arbeiterschaft weder den Anlaß noch die Pflicht.

Es war ein kritischer, in den ganzen Verhandlungen vielleicht der kritischeste Moment. Der Ministerpräsident und der Minister des Innern erwogen ihn eine geraume Weile. Inzwischen lag, etwa um 6 Uhr abends, die letzte, die dritte Erklärung des Grafen Czernin vor, sie war von den Unterhändlern geprüft worden, sie bot tatsächlich eine ausreichende Klarstellung auch in Bezug auf die polnische Frage. Und da gegen 9 Uhr Seidler und Toggenburg sich auch in der Gemeindefrage zustimmend entschlossen hatten, war das Uebereinkommen nach drei schweren, an Erregungen und Krisen, an Arbeit und Kampf reichen Verhandlungstagen zum Abschluß gediehen.

Der Empfang der Abordnung.

Die Abordnung, die in der Zentralversammlung der Vertrauensmänner im Eisenbahnerheim (am Arbeitertag) gewählt worden war, wurde nun sofort im Ministersalon des Abgeordnetenhauses empfangen.

Dieser Abordnung wurden die Erklärungen der Regierung über die vier Punkte mitgeteilt, die als Forderung des allgemeinen Ausstandes verkündet worden waren. Zunächst empfing der Ministerpräsident Ritter v. Seidler in Gegenwart des Ministers Höfer, des Ministers des Innern Grafen Toggenburg und des Ministers für Landesverteidigung v. Czapp die Vertreter der Arbeiterschaft, die unter der Führung der Reichsratsabgeordneten Adler, Domes, Hanusch, Renner und Seitz erschienen waren. Abgeordneter **Seitz** hielt folgende Ansprache:

Meine Herren! Ein furchtbarer Krieg zerfleischt die Völker Europas. Dreieinhalb Jahre hindurch haben die Massen aller Völker das Elend ertragen. Erst vor wenigen Wochen fiel das erlösende Wort. Rußland und die Mittelmächte schlossen Waffenstillstand und in Brest-Litowsk begannen die Friedensverhandlungen. Die Völker hofften auf Erlösung. Aber vor kurzem kam eine schwere Enttäuschung. Die Verhandlungen wurden schleppend, man gewann den Eindruck, sie müßten scheitern. Die Massen der Arbeiter, durch die Qualen der Ueberarbeit geschwächt, infolge der mangelhaften Verhältnisse des Ernährungsdienstes entkräftet, gerieten in Verzweiflung und ein verhältnismäßig geringfügiges Ereignis löste eine **unabsehbare elementare Bewegung** aus. Die Arbeiter verließen Werkstätten und Fabriken. Sie fordern Erlösung von der Qual eines unerträglichen Zustandes. Sie begehren gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel auf alle und Einfluß auf die für den Ernährungsdienst maßgebendsten Organe der Verwaltung, auf die Gemeinden; vor allem aber **heischen sie den Frieden** oder doch die Bürgschaft, daß die Verhandlungen in absehbarer Zeit ein gedeihliches Ende finden. Sie haben durch ihre Vertreter die Forderungen überreicht und sie kommen heute, die Antwort der Regierung entgegenzunehmen. Möge sie derart sein, daß sie den Massen genügt. Möge sie die Bürgschaft sein für den vorläufigen Teilfrieden mit Rußland, der der Vorbote sein wird des allgemeinen Friedens, der Erlösung der Menschheit von dem furchtbarsten Kriege, den die Weltgeschichte kennt!

Der Ministerpräsident

erklärte, es sei ihm gerade in der gegenwärtigen ernsten Zeit, die ein inniges und einträchtiges Zusammenwirken aller am Wohle des Staates interessierten Schichten ganz besonders erfordere, sehr erwünscht, mit den erschienenen Vertretern der Arbeiterschaft in unmittelbaren Kontakt treten zu können. Die Regierung wolle sich über alle von der Deputation erwähnten Fragen mit voller Aufrichtigkeit und Klarheit äußern und glaube, daß der Standpunkt, auf den sich die Regierung hinsichtlich der einzelnen Punkte stelle, ein derartiger sei, daß er von der Arbeiterschaft mit vertrauensvoller Zustimmung entgegengenommen werden könne. Was zunächst die Friedensfrage anlangt, so sei der Ministerpräsident in der Lage, folgende Erklärung abzugeben:

Erklärung des Ministers des Aeußern über den Frieden.

Es ist der sehnlichste Wunsch Seiner Majestät, ehebaldigst den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beendigen. Im Sinne dieser Intentionen Seiner Majestät des Kaisers und in Beobachtung der von ihr wiederholt bekanntgegebenen Richtlinien ihrer Politik hat die k. u. k. Regierung alles, was in ihrer Macht steht, getan und wird sie auch in Hinkunft alles, was ihr möglich ist, tun, **um den allgemeinen Frieden möglichst bald herbeizuführen.** Ist derzeit nur ein Sonderfriede mit Rußland möglich, so fällt die Verantwortung dafür auf die Ententemächte, die alle unsere wiederholten Friedensangebote ausgeschlagen haben. Dessenungeachtet hält die k. u. k. Regierung an dem Ziele eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. **Es liegt ihr nach wie vor fern, die Erreichung dieses**

Zieles durch irgendwelche Eroberungsabsichten zu erschweren, und sie hält nach wie vor an der Ueberzeugung fest, daß internationale Vereinbarungen über die Abrüstung und über Schiedsgerichte die geeignetste Grundlage zu einem allgemeinen Frieden zu bieten vermögen.

Was die Friedensverhandlungen mit Rußland anlangt, so hat die k. u. k. Regierung bereits wiederholt erklärt, **daß sie keinerlei territoriale Erwerbungen auf Rußlands Kosten anstrebt; an solchen Plänen können und werden daher die Friedensverhandlungen nicht scheitern.** Was insbesondere Polen betrifft, so betrachtet die k. u. k. Regierung Polen als einen selbständigen Staat, der seine Beziehungen zu uns selbständig zu regeln hat, wobei unserseits selbstverständlich auch den gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten der Monarchie der verfassungsmäßige Einfluß auf diese Regelung gewahrt bleiben wird. Es liegt uns demnach ganz fern, Polen seine Staatsform oder irgendwelche Beziehungen zu uns diktieren zu wollen. Die k. u. k. Regierung hat sich bereits damit einverstanden erklärt, daß es der Bevölkerung Polens überlassen werden soll, durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, und sie hat die Meinung ausgedrückt, daß dies am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstituierende Versammlung geschehen kann. Die k. u. k. Regierung hat sich auch bereit erklärt, wirksame Garantien zu vereinbaren, damit die Bevölkerung Polens ihre Entscheidung in voller Freiheit treffen könne und diese Freiheit durch die Okkupationsbehörden in keiner Weise beeinträchtigt werde. Die Forderung der russischen Regierung nach Räumung der besetzten Gebiete mußte die k. u. k. Regierung allerdings ablehnen; dies geschah aber nicht etwa aus dem Grunde, weil wir die militärische Okkupation dazu benützen wollen, das Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes nach irgendeiner Richtung zu schmälern, sondern ausschließlich deshalb, weil wir bei Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht gefestigten inneren Verhältnisse in Rußland diese Gebiete nicht ohne Gefährdung unserer militärischen Interessen räumen können. Doch sind wir auch bezüglich der Frage der Befristung der Okkupation bestrebt, ein Kompromiß mit der russischen Regierung zu finden, und wir hoffen, daß dies bei gutem Willen auf beiden Seiten gelingen wird. Da sich die Monarchie bei der Lösung aller dieser Fragen von keinen eigennützigen Absichten leiten läßt und da sie bereit ist, den Wünschen der russischen Regierung so weit entgegenzukommen, als dies unsere Interessen gestatten, haben wir das absolute Vertrauen, daß bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an diesen Fragen nicht scheitern werden.

Bezüglich der Verhandlungen mit der ukrainischen Republik ist die k. u. k. Regierung in der angenehmen Lage, mitteilen zu können, daß diese Verhandlungen bereits sehr weit gediehen sind und einen baldigen befriedigenden Abschluß erhoffen lassen.

Die k. u. k. Regierung erkennt an, daß die patriotische Opferwilligkeit der breiten Volksmassen, die seit dreieinhalb Jahren sowohl an der Front als auch im Hinterland unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht erfüllt haben, den Wunsch durchaus gerechtfertigt erscheinen läßt, daß die Bevölkerung und ihre Vertreter über den Gang der Friedensverhandlungen unterrichtet werden. Der k. u. k. Regierung liegt es daher durchaus fern, den verfassungsmäßigen Einfluß der Delegationen und der gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten der Monarchie auf unsere auswärtige Politik einschränken zu wollen, und sie ist insbesondere jederzeit bereit, die gewählten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freimütig zu unterrichten. Die k. u. k. Regierung glaubt, daß die Informierung der

Volksvertreter über den Fortgang und die Ergebnisse ihrer Bemühungen um den Frieden dazu beitragen wird, das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zu unserer auswärtigen Politik zu festigen.

Schließlich verweise ich auf die bereits am gestrigen Tage verlautbarte Erklärung des Ministers des Aeußern, die sagt:

Die Verhandlungen mit den Vertretern der Regierungen von Petersburg und Kiew sind in vollem Gange, deren Verlauf ist allerdings langwierig und schwierig. Ich hafte und bürge jedoch dafür, daß der Friede unserseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Ich nehme kein Wort von dem zurück, was ich als das Friedensprogramm der Monarchie aufgestellt und vertreten habe. Wir wollen nichts von Rußland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsentschädigungen. Wir wollen nur ein freundnachbarliches, auf sicherer Grundlage beruhendes Verhältnis, das von Dauer ist und auf gegenseitigem Vertrauen ruht.

Erklärung des Ernährungsministers über den Verpflegungsdienst.

Hierauf besprach Minister **Höfer** die Ernährungssituation und insbesondere die Frage der Reorganisation des Verpflegungsdienstes. Seine Darlegungen zusammenfassend, gab er folgende Erklärung ab:

Die Regierung ist bereit, die Organisation des Verpflegungsdienstes **fortgesetzt auszugestalten.** Dem Wunsche nach Gleichstellung der Selbstversorger mit der übrigen Bevölkerung ist durch die Verordnung des Amtes für Volksernährung, die die Kürzung der Mahlprodukte verfügt, Rechnung getragen.

Die Ration der Selbstversorger ist in Getreide ausgedrückt und ergibt in Mehl umgerechnet bei Berücksichtigung der Ausmahlungsfähigkeit der kleinen Mühlen im Durchschnitt dieselbe Mehlquote wie bei den Nichtselbstversorgern.

Die Regelung der Vermahlung auf private Rechnung ist im Zuge. Die Landesbehörden wurden bereits angewiesen, dort, wo es die lokalen Verhältnisse zulassen, die Lohnmühlen zu schließen; Lohnmühlen, die sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen, sind auf alle Fälle zu sperren.

Die Regierung wird auf die straffe Erfassung der Lebensmittel und deren gleichmäßige Verteilung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln hinwirken. Ebenso wird für die **bevorzugte Beförderung der Lebensmittel** und für die **Einheitlichkeit des Approvisionierungsverkehrs,** von dessen ungestörtem Fortgang in erster Linie der Erfolg aller Verpflegungsmaßnahmen abhängt, **Sorge getragen werden.**

Die Regierung ist fortgesetzt mit allem Nachdruck und hoffentlich nicht ohne Erfolg am Werke, durch Verhandlungen mit der königlich ungarischen Regierung und mit unserem Verbündeten unsere durch die Kriegsereignisse und durch unsere geographische und wirtschaftliche Lage besonders erschwerten Ernährungsverhältnisse **durch einverständliches Zusammenwirken zu verbessern.**

Erklärung des Ministers des Innern über die Reform des Gemeindewahlrechtes.

Minister des Innern Graf **Toggenburg** erörterte das Problem des Gemeindewahlrechtes und den Standpunkt der Regierung hinsichtlich der Notwendigkeit von demokratischen Reformen auf diesem Gebiet sowie die verfassungstechnische Seite der Angelegenheit und deren gerade in unserem Staatswesen besonders bedeutungsvollen nationalen Rückwirkungen. Er formulierte schließlich den Standpunkt der Regierung in folgendem Sinne:

Die Regierung erkennt an, daß die Voraussetzungen und Gesichtspunkte für die Behandlung des Gemeindewahlrechtes durch den Krieg eine wesentliche Aenderung erfahren haben. Sie hat sich, und zwar insbesondere im Hinblick auf die opferwillige Haltung und das verständnisvolle

Zusammenwirken aller Volksschichten während des Krieges der Erkenntnis nicht verschlossen, daß künftighin auch auf diesem Gebiete des öffentlichen Lebens **die schon dem Reichsratswahlrecht zugrunde liegenden demokratischen Prinzipien mehr als bisher zur Geltung gelangen müssen.** Sie wird daher so bald als möglich **den Landtagen jene Gesetzentwürfe vorlegen,** welche geeignet sind, die Verwirklichung dieses Gedankens unter Anpassung an die besonderen nationalen Verhältnisse in den einzelnen Ländern und ergänzt durch das Verhältniswahlrecht durchzuführen. Ebenso sagt sie allen einschlägigen, aus der Initiative der Autonomie (Gemeinden und Länder) hervorgehenden Projekten ihre bereitwillige werktätige Förderung zu. Gegenüber der Anfrage, wie sie sich zu Beschlüssen von Landtagen über Gemeindewahlreformen verhalte, **die den Grundsätzen des Reichsratswahlrechtes Rechnung tragen und ausgestaltet sind durch das Verhältniswahlrecht sowie durch Berücksichtigung der durch ihre Mitarbeit im Kriege begründeten Ansprüche der Frauen auf Betätigung im öffentlichen Leben, erklärt die Regierung, daß sie aus diesen Gesichtspunkten kein grundsätzliches Sanktionsbedenken erhebe.**

Die Regierung erklärt ferner, daß der vom niederösterreichischen Landtag beschlossene Entwurf eines Landesgesetzes über das Gemeindewahlrecht in den niederösterreichischen Industriegemeinden so rechtzeitig in Kraft gesetzt werden wird, daß die nächsten Gemeindewahlen **schon nach dem neuen Gesetz erfolgen können.**

Erklärung des Ministers für Landesverteidigung über Kriegsleistung und Militarisierung.

Minister für Landesverteidigung **v. Czapp** sprach über die Militarisierung und die Arbeitsverhältnisse in den Kriegsleistungsbetrieben sowie über die Bereitwilligkeit der Regierung, im Rahmen der vollen Sicherung der militärischen Notwendigkeit den Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Seine Darlegungen gipfelten in folgender Erklärung:

Die Regierung erkennt gern an, daß die österreichische Arbeiterschaft trotz der erhöhten Arbeitslast und trotz der schweren Entbehrungen, welche wie der gesamten übrigen Bevölkerung auch ihr die harten Zeiten des langen Krieges auferlegen, bisher ihre Pflicht gegenüber dem Staate mit Hingebung und Opferwilligkeit erfüllt hat. Leider hat der Krieg auch auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse in den Kriegsbetrieben gezeigt, daß sich die vom Frieden her bestehenden allgemeinen Vorkehrungen, so insbesondere auch das Kriegsleistungsgesetz nicht in jeder Hinsicht als zweckdienlich erwiesen haben.

Für jene Fälle, in welchen im Interesse der Kriegführung für die ungestörte Fortführung der Betriebe unter allen Umständen Sorge getragen werden muß, bot die bestehende Gesetzgebung der Militärverwaltung zu diesem Zwecke bisher nur das Mittel der sogenannten Militarisierung der Betriebe.

Die Regierung verschließt sich nicht der Erkenntnis, daß diese Maßnahme für die Arbeiterschaft in verschiedener Beziehung — namentlich was die entsprechende Betätigung auf dem Gebiet ihrer Berufsorganisation anlangt — **empfindliche Beeinträchtigungen mit sich gebracht hat.**

Da die Militärverwaltung im Wesen nur an der ungestörten Fortführung und vollen Leistungsfähigkeit der fraglichen Betriebe interessiert ist und da die erwähnten Beeinträchtigungen damit nicht im unmittelbaren Zusammenhang stehen, **ist die Regierung bereit, die unter dem Sammelnamen der sogenannten Militarisierung fallenden Maßnahmen aufzuheben** und zu diesem Ziele auf verfassungsmäßigem Wege ein neues Gesetz zu erlassen, welches den besonderen Verhältnissen dieses Krieges Rechnung trägt und die Arbeitsverhältnisse in diesen Betrieben auf einer rein zivilrechtlichen Basis regelt.

Auf das Arbeitsverhältnis der auf Grund des neuen Gesetzes herangezogenen Personen werden die bezüglichen Bestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes natürlich **nicht Anwendung finden.**

Die Regierung wird den Entwurf des in Rede stehenden neuen Gesetzes, welches insbesondere auch die dadurch entfallende Zuständigkeit der Militärstrafgerichte durch die Zuständigkeit der zivilen Strafgerichte ersetzen wird, **in kürzester Zeit dem Hause unterbreiten.**

Antwort der Abordnung.

Die Deputation erklärte, daß sie das Ergebnis der heutigen Besprechung den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft bekanntgeben und deren Beschlüsse der Regierung mitteilen werde.

Zum Schlusse sprach der **Ministerpräsident** den Wunsch aus, daß die Arbeiter aus diesen Darlegungen volle Beruhigung schöpfen und die unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen mögen. Es handle sich darum, durch volle Anspannung aller Kräfte diesen Krieg abzukürzen, der ja gerade die breiten Schichten der Bevölkerung so schwer belaste und dessen baldige ehrenvolle Beendigung wir alle in gleicher Weise vom Herzen wünschen.

Am Schlusse richtete **Dr. Viktor Adler** an die Minister folgende Worte: Geehrte Herren! Wir haben nun durch einige Tage die nicht leichte Arbeit gehabt, mit Ihnen im Auftrag der Arbeiterschaft deren Forderungen zu erörtern. Unbescheiden sind die Arbeiter nicht; sie haben geduldig gewartet, so lange es möglich war und so lange sie wußten, die anderen wollen den Frieden nicht. Nun ist von Rußland und hoffentlich auch von den anderen anzunehmen, daß sie den Frieden wollen. Da sagten sich die Arbeiter: Jetzt können wir ihn erreichen, jetzt wollen wir ihn. Die Nachrichten über die Hemmungen trafen auf Menschen, deren Nerven erschöpft sind. Der Ausbruch war begreiflich. Wir danken den Ministern persönlich für ihre Bemühungen. Wir werden den Vertrauensmännern der Arbeiter berichten, die Lage schildern und ihren Beschluß einholen. Was zugestanden wurde, ist — das wollen wir nicht bestreiten — ein erster Schritt zum Wandel. Wenn sich Hunderttausende Arbeiter entschlossen haben, ihre Löhne zu opfern, so zeigt dies den tiefen Ernst der Lage. Wie das Votum ausfallen wird, können wir nicht voraussagen; die Arbeiter können nicht gegängelt werden, sie sind selbst Herren ihrer Geschicke! Wir werden den Herren Ministern ihre Antwort raschestens mitteilen.

Damit waren die Besprechungen zu Ende und die Abgeordneten begaben sich mit der Abordnung ins Eisenbahnerheim.

Die denkwürdige Nacht vom 19. auf den 20. Jänner.

Die Entschließung des Arbeiterrates.

Inzwischen hatte der Arbeiterrat volle drei Stunden im Eisenbahnerheim auf das Ergebnis der Unterhandlungen geharrt. Um 6 Uhr abends zusammengetreten, erledigte er zunächst die Berichte über den Ausstand und die mit ihm zusammenhängenden Vorkehrungen, entsendete unter Führung Glöckels seine Abordnung ins Parlament und unterbrach inzwischen seine Verhandlungen. Nach drei Stunden spannungsvoller Erwartung kam die Abordnung zurück, um 10 Uhr wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und währten nun bis ¼4 Uhr früh in den Sonntag hinein. Fest gebannt, wie angewurzelt, mit fiebernder Aufmerksamkeit harrten die Teilnehmer aus. Zu ihnen waren im letzten Moment fünf Delegierte des Wiener-Neustädter Arbeiterrates gestoßen, die, von dem unerwartet nahen Abschluß der Verhandlungen verständigt, mit einem Kraftwagen nach Wien gefahren

waren. Finstere, leidenschaftliche Entschlossenheit lag über der Versammlung, aber die gewohnte Disziplin der in hundert schweren Kämpfen erfahrenen Kämpfer erhielt lautlose Stille im Saale, so daß kaum ein gesprochenes Wort verloren ging. Den Bericht erstattete

Seitz:

Die Verhandlungen mit der Regierung über die von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen waren schwer. Sie haben bis 8 Uhr abends gedauert. Für ½9 Uhr haben sich die Vertreter des Arbeiterrates angekündigt und um diese Zeit mußten wir über Aufforderung der Regierung noch einmal zu einer Verhandlung zusammentreten, weil abermals Bedenken auftauchten. Die Verhandlungen waren auch schwer deshalb, weil der Entwurf der Antwort des Ministerpräsidenten nach Brest-Litowsk an den Grafen Czernin telegraphiert werden mußte, um seine Zustimmung und Abänderungsvorschläge entgegenzunehmen. Seine Antwort ist sehr spät eingetroffen, hat sich aber in allem Wesentlichen mit dem Entwurf der Regierung gedeckt.

Was die Regierung über den Frieden sagt, ist das Wichtigste. Denn diese Idee des Friedens steht im Brennpunkt des Interesses der Arbeiter. Die Befürchtung, daß die Verhandlungen scheitern könnten, war die eigentliche Ursache der Ausstandsbewegung. Wir, die wir verhandelt haben, sind der Ansicht, daß die Erklärung des Ministers ausreichen kann. Sie ist selbstverständlich leider nicht die Mitteilung, daß der Friedensvertrag geschlossen ist oder daß er an einem bestimmten Tag unterzeichnet werden wird; aber sie ist eine Erklärung, daß die Regierung dafür bürgt, daß der Friede an Absichten von Eroberungen oder Entschädigungen oder an sonstigen selbstischen Gründen nicht scheitern kann.

Wichtig für uns war auch, was die Regierung über Polen sagt. Wir haben leider schon gelesen, daß Trotzky nach Petersburg fahren mußte und etwa eine Woche wegbleiben werde. Die Regierung erklärt nun, daß das absolut keine Störung der Verhandlung bedeute und daß die Abreise Trotzkys nur aus Gründen Rußlands selbst erfolgte. Wir können aber doch nicht so lange im Ausstand bleiben, bis Trotzky zurückkommt. Der Wert der Regierungsvorschläge liegt nicht in den Worten, die die Regierung zu uns spricht, nicht im Text, sondern in der Tatsache, daß die Regierung vor den von der Masse Gewählten ihr Wort verpfändet hat, daß sie alles daransetzen werde, den Frieden herbeizuführen. Die Macht der Arbeiter hat sich gezeigt. Wir glauben, daß die Antwort als genügend zu erachten ist und eine ernste Friedensgarantie darstellt.

Die zweite Frage, die über die Ernährung, ist schwer zu lösen. Was wir aber verlangen, das ist, daß mit dem Wenigen, was da ist, hausgehalten, daß es gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung aufgeteilt werde. Wir haben gegen die Erklärung des Ernährungsministers noch eingewendet, daß sich die Ungarn weigern, uns genügend zu versorgen. Minister Höfer hat darauf verwiesen, daß die Vorschriften in Ungarn zwecks Aufbringung der nötigen Mengen verschärft wurden und daß auch die österreichische Regierung mehr darauf sehen werde, daß wir größere Zuschübe erhalten.

Eine weit schwierigere Verhandlung gab es in der Frage des Gemeindewahlrechtes. Die Regierung hat zunächst das große Bedenken gehabt, daß das Gemeindewahlrecht doch nicht nach denselben Grundsätzen gestaltet werden kann wie das Reichsratswahlrecht, und führte die üblichen Einwände an, wie die Verschiedenheit der Wahlklassen und Steuern, das historisch Gewordene der Wahlkörper u. s. w. Wir haben aber unerschütterlich an dem Grundsatz des gleichen Wahlrechtes auch in der Gemeinde festgehalten. Wir können nach diesem Kriege, der gezeigt hat, daß alle Schichten und alle Stände, insbesondere aber die Arbeiterschaft an der Gemeindeverwaltung gleich beteiligt sind, nicht mehr zugeben, daß diese

Gesamtheit länger von dem gleichen Wahlrecht ausgeschlossen bleibe. Wir haben die großen Schwierigkeiten der Verhandlungen überwunden. Insbesondere auch den Einwand der Regierung, daß das Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes angewendet auf die Gemeinde eine ungeheure Gefahr für das deutsche Volk in Oesterreich, für die Erhaltung des Deutschtums in diesem Staate bedeuten müsse. Wir wiesen darauf hin, daß die deutschen Arbeiter nicht minder ein Bestandteil des deutschen Volkes sind als die Bourgeoisie. Wir wissen, daß die Ausdehnung des Wahlrechtes nur der gesamten Nation zum Nutzen gereichen kann und muß, und so sehr wir anerkennen, daß die Rechte der Deutschen nicht geschmälert werden dürfen, werden wir unerschütterlich auf dieser Forderung der Arbeiterschaft beharren. Es gibt Wege genug, nationale Interessen zu sichern. Das hat man am Reichsratswahlrecht gesehen. Was das Frauenwahlrecht betrifft, haben wir darauf hingewiesen, wie sich die Frauen im Kriege betätigt und bewährt haben. Das alles wurde uns zugegeben. Das alles sehe man ein und sehe die Berechtigung des aktiven Wahlrechtes der Frauen ein. Aber das passive Wahlrecht sei unmöglich. Wir haben erklärt, daß wir davon nicht abgehen können. Wir müssen darauf bestehen, daß das Frauenwahlrecht endlich seine Anerkennung findet, und müssen verlangen, daß eine Regierung, die über das Gemeindewahlrecht öffentlich spricht, ausdrücklich erklärt, daß sie nach den Erfahrungen dieses Krieges nicht das Recht hat, einer Gemeindewahlordnung die Sanktion zu verweigern, die das Frauenwahlrecht festlegt. Endlich haben wir verlangt, daß das vom niederösterreichischen Landtag im Jahre 1914 beschlossene Gesetz über die Wahlreform für die Industriebezirke, dessen Sanktionierung der Stürgkh vereitelt hat, zur Sanktion vorgelegt werde und daß die nächsten Wahlen in Niederösterreich schon nach diesem Gesetze vorgenommen werden. Eine der ältesten Forderungen ist das Proportionalwahlrecht. Auch das hat die Regierung anerkannt.

Auch diese Erklärung gibt uns nicht das Wahlrecht, aber es ist das erstemal, daß von der maßgebenden Stelle anerkannt wird, daß wir nicht stehen bleiben können bei dem demokratischen Wahlrecht für den Reichsrat, sondern daß dieses ausgedehnt wird auf Land und Gemeinde und daß seiner auch die Frauen teilhaftig werden. Ich glaube, es wird keine Wahlreformbewegung geben, in der wir nicht betonen können, daß selbst ein so reaktionärer Faktor wie die heutige Regierung das Recht der Arbeiter auf die Gemeinde anerkennen mußte und das Recht aller Bewohner, ob Mann oder Frau, auf den gleichen Einfluß in der Gemeinde. Ich glaube, daß auch in diesem Punkte die Antwort der Regierung als genügend zu bezeichnen ist, um Beruhigung zu schaffen.

Der letzte Punkt war am schwersten zu erledigen: die Aufhebung der Militarisierung. Das Arbeiterrecht, darauf beharren wir, darf nicht ausgelegt werden von Militärgerichten und der Arbeiter darf wegen seines Verhaltens zum Unternehmer nicht vor das Militärgericht gestellt werden. In allen Staaten sind diese Verhältnisse durch Zivilgesetze geregelt worden, so in Deutschland durch das Hilfsdienstgesetz; das muß auch in Oesterreich möglich sein. Endlich haben wir, nach langen Kämpfen, auch da die richtigen Erklärungen erlangt. Die Frage der Militarisierung endlich einer Regelung zugeführt zu haben ist ein gewaltiges Verdienst der Arbeiter. Wer weiß, wie wir uns jetzt seit drei Jahren bemühen, hier Wandel zu schaffen, wer weiß, was die Arbeiterschaft unter diesem Zustand gelitten hat, wird ermessen, was diese Reform bedeutet. Ich glaube, es wird keine Partei im Hause geben, die diesem Gesetz Schwierigkeiten bereiten wird, auch unsere ärgsten Klassengegner werden nicht den Mut haben, diese Zustände zu verteidigen.

In dieser Art wurden also unsere vier Forderungen beantwortet. Es wäre geradezu verantwortungslos und würde der Wahrheit in das Gesicht schlagen, wollte ich sagen, daß das die volle Erfüllung unserer Wünsche wäre. Wir haben nur einen Wunsch: Ende mit dem Krieg! Damit würden natürlich alle anderen Wünsche erfüllt sein. Aber ebenso offen müssen wir auch bekennen, daß es in

niemandes Macht steht, das heute und sofort zu machen. Was uns gelingen konnte, war, Garantien zu schaffen, daß alle Kräfte, die in diesem Staate wirken — vom Arbeiter bis zum Minister — sich in den Dienst des Friedens stellen. Was von Bedeutung war, ist, daß wir Garantien haben, daß auch die Regierung alles tun wird, um diesem schrecklichen Menschenschlachten ein Ende zu bereiten; zu konstatieren, daß es nur ein kleines Häuflein von ein paar hundert Narren gibt, die in Siegfriedensversammlungen gegen den „Elendsfrieden" wettern. Die große Masse des Volkes, Arbeitsmann wie Regierungsmann, erkennen, daß es hoch an der Zeit ist, dem Krieg ein Ende zu machen. Die Arbeiterschaft hat durch das äußerste Mittel, das ihr zu Gebote steht, erlangt, daß sich die maßgebendsten Faktoren zum Frieden bekennen und sich verpflichten, daß sie geloben und Bürgschaft leisten, dafür alle Kräfte anzuspannen, um ihn herbeizuführen. Das haben wir faktisch erreicht, und was noch mehr ist, ist die Erkenntnis, was die Kraft der Arbeiter vermag, wenn sie mit Besonnenheit und Ruhe, aber auch mit Energie richtig verwendet wird. Wir haben unsere Kraft erkannt, was die wichtigste Bürgschaft ist — wichtiger als das Versprechen eines Ministers —, daß unsere Forderungen erfüllt werden und daß wir den Frieden erzwingen werden. Ich bitte Sie, von diesem Gesichtspunkt aus die Antwort der Regierung als genügend zu beurteilen. Dann wollen wir Gewehr bei Fuß stehen und abwarten, ob man von dem Wege, den wir als richtig erkannt haben, abweichen wird, jeden Augenblick entschlossen, wieder zum äußersten Mittel der Abwehr zu greifen, wenn jemand wagen sollte, etwas zu unternehmen, was den Frieden bedrohen könnte! (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte.

Steiner:

Wir sind, die wir mit ungeheurer Begeisterung in diesen Kampf gezogen sind, natürlich nicht besonders erbaut davon, daß die Regierung eine so langatmige Erklärung benötigt, um zu sagen, was sie beabsichtigt. Aber wir schreiben das auf Rechnung der üblichen Regierungsformen. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist derartig, daß ich befürchte, daß die Arbeiterschaft vielleicht nicht so leicht erkennen wird, daß, was uns die Regierung anbietet, genügt, um uns vorläufig zu veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen, Gewehr bei Fuß zu stehen und treue Wacht zu halten, daß diese Bedingungen auch eingehalten werden. Es war gewiß ein historischer Moment, daß eine k. u. k. Regierung gewissenmaßen eine Verbeugung vor der Arbeiterklasse machen muß. Es ist den Herren nicht so leicht gefallen, mit uns in einer solchen Tonart zu verhandeln, und an nichts konnte man mehr die Macht erkennen, die die Arbeiterklasse erlangt hat. Aber wenn wir auch nicht das alles erlangt haben, was wir wollten, so dürfen wir auch fragen, ob wir denn imstande wären, einen solchen Kampf einige Wochen festzuhalten. Wichtig erscheint mir auch die Zusicherung bezüglich des Gemeindewahlrechtes, denn es gibt kein Land, das ein so erbärmliches Wahlrecht besitzt wie die Gemeinde Wien.

Mit tiefer Wehmut muß es verzeichnet werden, daß wir von den reichsdeutschen Genossen im Stiche gelassen wurden. Es handelt sich darum, auch die deutsche Regierung, ebenso wie bei uns, zu veranlassen, daß sie eine ebenso entschiedene Friedenserklärung abgebe. An die deutschen Genossen wäre ein entsprechender Appell zu richten. Hauptsächlich ist aber trotz der bewunderungswürdigen Haltung der Arbeiterschaft ihre Organisation, ihr sozialistisches Bewußtsein noch mehr zu vertiefen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Viktor Adler:**

Es ist in den drei Tagen durchaus nicht alles erreicht worden. Wenn wir auch nicht als Sieger heimkehren, so können wir doch mit gutem Gewissen sagen, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertreter aus der Lage herausgerissen haben, was heraus-

zureißen war. Wir haben die Forderungen erhoben: Friede, Demokratie und Brot! Der Ernährungsminister hat uns leid getan. Man hat es ihm angesehen, er gäbe gern etwas, aber er kann es nicht. Aber ich glaube, es ist doch ein Schritt geschehen, daß das Vorhandene vernünftiger verteilt wird. Es wird das Widerspruch finden bei den Agrariern, aber dieser wird nicht hindern, daß das geschehe, soweit man es heute machen kann.

Was den Frieden betrifft, so sind auch die Minister ebenso ungeduldig wie wir alle. Aber wir haben ein Dokument, das nicht nur uns mitgeteilt wurde, sondern das vor der Oeffentlichkeit der ganzen Welt ein bindendes Versprechen ist. Erstens ist festgelegt worden, daß der Kaiser und sein Organ, der Minister des Aeußern, nach wie vor in den allgemeinen Frieden einstimmen und daß der russische Friede nur die Einleitung zum allgemeinen Frieden sein soll. Zweitens ist festgelegt worden, daß Czernin das, was er wiederholt ausgesprochen hat und wovon man befürchtet hat, er sei davon abgekommen, festhält: Abrüstung und Schiedsgerichte. Graf Czernin hat das noch einmal festgestellt. Das dritte ist — und das ist das Wichtigste, worauf es im Augenblick ankommt — das Verhältnis zu Polen. Hier haben wir jetzt ein bindendes Versprechen. Man kann nicht mehr wegen der polnischen Sache dem Frieden entgegenwirken. Die gestrige Erklärung des Grafen Czernin war schon eigentlich eine Antwort auf unsere Wünsche. Die Worte „Ich hafte und bürge" sind etwas, was als Antwort auf die Wünsche streikender Arbeiter in Oesterreich noch nicht gesagt wurde. Die Demokratie steckt im dritten und vierten Punkte, Gemeindewahlrecht und Arbeiterrecht, und hier ist ein entschiedener Fortschritt erreicht worden. Wir haben den Herren keinen Zweifel gelassen, daß es uns nicht einfällt, ihn als letzte Errungenschaft anzusehen. Unsere Abschiedsworte waren: „Das war das dünne Ende des Keiles, es kommt noch ein anderes." Im Bewußtsein der Herren ist schon, daß das der Beginn der Umkrempelung des Staates ist.

Nun haben Sie zu entscheiden. Ich bin nicht berufen, Ihnen Ratschläge zu geben, aber meine Meinung ist: Eine Situation ist auszunützen bis zum Aeußersten; aber wenn das geschehen ist, soll man nicht weiter riskieren, sondern soll bis zur nächsten Gelegenheit warten. Das Eis ist einmal gebrochen. Sollten sich noch weitere Hindernisse finden — wir sind da und auch später wird es an Entschlossenheit nicht fehlen. Wir wollen nicht sagen, daß wir weiter kämpfen, weil wir vielleicht mehr gewinnen können. Wir können sogar etwas verlieren: das Vertrauen zu unserer Besonnenheit, Klugheit und Verantwortlichkeit. Wir können sagen: für die drei Tage Kampf haben wir etwas erreicht. Gehen wir nun, und wenn es nötig ist, werden wir wieder da sein. Es ist nicht alles erreicht worden, doch was wir erreicht haben, ist nichts Kleines für die Arbeiter, die unter dem Militärgesetz stehen und für diejenigen, die sich von habsüchtigen und beschränkten Spießern müssen gängeln lassen. Was wir durchgesetzt haben, ist noch lange nicht alles, aber die Arbeiter sind auch noch auf der Welt! (Stürmische Zustimmung.)

Auf eine Anfrage des Genossen Lehner über die Möglichkeit eines baldigen Abschlusses des allgemeinen Friedens erwiderte Genosse Adler, daß er die feste Ueberzeugung habe, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht abgebrochen werden und daß von beiden Seiten die Gelegenheit werde gesucht werden, die Frage des allgemeinen Friedens zur Erörterung zu bringen. Der Weg zum Frieden ist nicht einfach und kurz, darum tut etwas Selbstbeherrschung und Zurückhaltung not.

Spielmann:

Als Vertrauensmann der Arbeiter kann ich mich mit den Mitteilungen des Genossen Seitz nicht für befriedigt erklären. Man muß sich nur vorstellen, wie meine Aufnahme unter den Genossen im Arsenal sein wird, wenn ich ihnen mitteilen werde, daß die Arbeit auf der und der Grundlage aufgenommen werden soll. Sie werden nicht zufrieden sein, wenn sie nicht wissen, daß das Blutvergießen auf allen Fronten endgültig ein Ende habe.

Joris (Wiener-Neustadt):

Man muß fragen, ob es vernünftig wäre, eine solche Entscheidung in einer Versammlung zu treffen, die nur einen Teil der Streikenden vertritt. Es steht nicht nur Wien im Streik. Wir in Wiener-Neustadt haben das Bewußtsein gehabt, daß hier über kurz oder lang die Waffen gestreckt werden und daß man sich mit Brocken begnügen wird. Wir haben aber ein Recht, an der Aufrichtigkeit des Grafen Czernin zu zweifeln, daran zu zweifeln, daß er den Mut haben wird, mit den Junkern zu brechen. Regierungen haben sich oft verbürgt, aber Regierungen lassen sich nicht von Volksbedürfnissen leiten, sondern von Macht. Man will uns mit höherer Mehlquote abspeisen und unsere Aufmerksamkeit ablenken von dem Morden des Krieges. Wer drei Jahre in diesen Höllen geschuftet hat, weiß, daß die Militarisierung die größte Entrechtung der Arbeiter ist. Die paar Tage Ausstand haben uns das Gefühl des Menschentums zurückgegeben. Ich könnte nicht mit gutem Herzen den Wiener-Neustädter Arbeitern raten, das anzunehmen. Die Bewegung war eine spontane Bewegung. Eine der wichtigsten Forderungen der Wiener-Neustädter Arbeiter war der Achtstundentag. Es ist ein Beweis für den revolutionären idealen Charakter der Bewegung, daß sie die Befreiung Friedrich Adlers verlangt. Friedrich Adler ist zu einem Symbol für uns geworden. Ich habe die tiefe Empfindung, diese Bewegung, aus einer Bewegung wegen der Mehlquote entstanden und zu einer großen Friedensbewegung geworden, hätte leicht zu einer Bewegung mit einer großen sozialen Losung gemacht werden können.

Um ¾1 Uhr nachts beantragt Steiner die Unterbrechung bis 9 Uhr früh, Genossin Lippa verlangt demgegenüber die Fortsetzung der Sitzung. Der Antrag auf Aufhebung der Sitzung wird abgelehnt.

Cilli Lippa:

Ich möchte Sie fragen, ob am ersten Tage schon so viel Menschen an der Bewegung teilgenommen haben wie heute. Wir müssen uns die Wahrheit sagen, weil wir die Verantwortung tragen für den Ausgang einer Massenbewegung. Es wäre für uns ein Kinderspiel, morgen die Leute zu allen möglichen Taten aufzustacheln. Aber wer könnte die Verantwortung tragen für alles, was geschehen könnte? Alle Achtung vor den Arsenalarbeitern und den vielen anderen, die ins Unbegrenzte ausharren wollen! Aber sie allein sind zu wenig! Wir heischen Anerkennung für jede Arbeit und können sie den Genossen, die drei Tage für uns gewirkt und das gute Ergebnis gebracht haben, auch nicht weigern. Vergessen Sie nicht, daß so viele Frauen im Ausstand sind, die vielleicht nicht durchwegs ins Unbegrenzte darin verharren können. Es ist der Regierung gezeigt worden, daß die Arbeiter bereit sind, zu kämpfen. Der Arbeiterschaft von Wiener-Neustadt, die den Kampf begonnen hat, danken wir dafür. Der ganze Erfolg steht nicht in den Erklärungen der Minister. Wenn zum Beispiel das Ende der Militarisierung noch nicht ausgesprochen ist — die krassen Uebergriffe, die begangen wurden, werden sich nicht wiederholen.

Wenn unsere Kraftprobe nicht an Gewicht verlieren soll, so werden wir im Interesse der heiligen Sache, für die wir in den Ausstand getreten sind, die Ergebnisse annehmen. (Stürmischer Beifall.)

Vyrava:

Mit der Antwort des Grafen Czernin können wir uns wohl zufrieden geben. Was die Entmilitarisierung dagegen betrifft, können wir auf künftige Gesetze nicht warten. Wir werden weiter unterdrückt sein und unter der Militarisierung schmachten. Unsere Vertrauensmänner, die uns die Antwort des Ministerpräsidenten gebracht haben, sollen wieder zurückgehen und ihm sagen, daß wir mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind. Und dann sollen sie auch wegen der Opfer der Prager und Pilsner Streikjustiz sprechen.

Rzehak:

Niemand hat eine andere Antwort erwarten können, und wir wissen, daß unsere Genossen nicht mehr erreichen konnten. Vorsichtige Vertrauensmänner werden auch den Genossen schon von vornherein gesagt haben, daß es sich nur darum handelte, dem Frieden zu dienen und einen Druck auf die Regierung auszuüben. Da die Regierung in der Lebensmittelfrage nichts tun kann, müssen wir die Forderung nach dem Achtstundentag als Konzession verlangen und müssen auch eine Antwort auf diese Forderung von ihr verlangen!

Rober:

Die eigentliche Ursache des Ausstandes war der Wille zum sofortigen Frieden. Wenn ich es auch selbst lieber gesehen hätte, wenn wir mehr erreicht hätten, so werde ich es doch als meine ehrliche Pflicht ansehen, vor die Genossen hinzutreten und ihnen zu sagen, daß wir uns doch zufrieden geben sollen. Und wenn wir nichts anderes erreicht hätten als das, daß sich österreichische Minister bequemten, mit Arbeitern direkt zu verhandeln, dann haben wir einen Erfolg gehabt, einen Erfolg unserer Macht. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Renner:

Diese Nacht wird in der österreichischen Arbeiterbewegung denkwürdig werden. Mit dieser Bewegung ist die österreichische Arbeiterschaft nach langer Zeit wieder in Aktion getreten, und dieser erste Schritt wird wohl nicht der letzte sein. Die Genossen sind gewiß erregt, aber die Leidenschaft wäre ein schlechter Ratgeber, die Leidenschaft, die wir von beiden Seiten gehört haben. Was wir brauchen, ist die Erwägung des Vertrauensmannes, wie weit die Bewegung geht, wie stark sie ist, wie weit sie aushalten kann, welche Ziele sie sich setzen, welche erreichbar sind, welche vertagt werden müssen. Wenn uns ein Genosse hier so geschildert hat, wir schrecklich es ist und was wir alles verlangen müssen, würden wir uns nur berauschen und nicht beschließen, was den Umständen angemessen ist. Wir müssen den Neustädtern danken, daß ihre Aktion zu den Zugeständnissen geführt hat, die wir schon haben. Man kann aber eine solche Bewegung nur führen, wenn auch die hinten nachkommen können, die Arbeiter, die noch nicht so weit vorgeschritten sind. Denn wenn die nicht nachkommen oder abbröckeln, kommt die Gefahr des Zusammenbruches.

Vergessen wir nicht, die bürgerlichen Parteien werden gegen das, was uns zugesagt ist, ankämpfen und dann müssen wir es verteidigen, und da können wir nicht die Bewegung jetzt einstellen auf einen Kampf von Wochen und Monaten, bis die Militarisierung beseitigt, die Gemeindewahlreform Wahrheit ist. Da möchte ich nicht, daß der erste Schritt, den wir machen, im Erfolg gefährdet wird. Wenn aber die Bewegung hinausgezogen wird, Tag um Tag vielleicht einige abbröckeln, dann sind wir in Gefahr! Wenn man eine Aktion einleitet, kommt alles darauf an, daß der erste Schritt sicher gelingt, auch wenn er nur wenig bringt. Wenn dieser erste Schritt so gelingt wie hier, mit diesen Zugeständnissen abgeschlossen werden kann, haben wir sicher sehr schön abgeschnitten. Nennen Sie mir eine Antwort eines auswärtigen Ministers, die so entschieden lautet wie diese! Das haben wir nicht erlebt, daß ein Minister zu einem Parlament oder zu einer Partei so gesprochen hat. Das verpflichtet den Mann auch nach außen, und wenn er in Brest-Litowsk verhandelt, geht die Sache schon leichter. Wenn Trotzky nach acht Tagen zurückkommt, sollen wir da noch immer draußen bleiben? Es kann in vierzehn Tagen wieder eine Stockung kommen, und wenn wir unsere Kraft bis dahin ausgegeben haben, werden wir nicht wieder mit einem Ruck nachhelfen können. Die Klugheit gebietet uns, diesmal abzuschließen mit einem solchen beachtenswerten Erfolg.

Erinnern Sie sich an die Kämpfe um die Gemeindewahlreform. Nun ist ein großer Durchbruch möglich. Der Gedanke, daß es möglich sein wird, in vielen Tausenden großen und kleinen Gemeinden die Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen, ist für mich etwas Außerordentliches. Wir werden in den Industriegemeinden Niederösterreichs in Kürze Wahlen auf Grund des Proporzes haben. Wir werden damit der Gemeindewahlreform in Wien einen großen Dienst erweisen. Heute schon sehen wir, wie Christlichsoziale und Deutschnationale noch im letzten Moment das verhindern wollten. Es kann bald eine Zeit kommen, daß wir wieder hier sitzen und überlegen, wie wir den Herren vom Rathause aus dem Traume helfen.

Und die Militarisierung! Die Militärgewalt muß sich bereit erklären, vor den Delegierten der Arbeiter zu erklären, daß das Kriegsleistungsgesetz schlecht war, die Militarisierung unhaltbar ist, und den Arbeiter in das Zivilrechtsverhältnis zurückzuversetzen. Das ist gewiß ein großer Erfolg!

Wir wollen das nicht als Ende betrachten, sondern als Anfang, der die Arbeiterschaft wieder an direkte Aktionen gewöhnt, die sich unter neuen Umständen vollziehen. Wir können nicht wissen, was geschieht. Deshalb sollten wir den Kreis der Vertrauensmänner, der durch diesen Kampf zusammengeführt wurde, als ständig betrachten. Die Frage der Arbeitszeit wird immer drängender. Halten wir die Möglichkeit aufrecht, die Aktion gegebenenfalls fortzuführen, wozu wir auch sicherlich durch diese Zusicherungen beitragen werden. (Lebhafter Beifall.)

Klos:

Viele Genossen haben gesagt, daß das Erreichte zu wenig ist, aber keiner von ihnen hat gesagt, daß er den Kampf auch im Bewußtsein seiner Verantwortung weiterführen wolle. Ich glaube, wir haben einen großen Erfolg errungen und können mit diesem Erfolg zufrieden sein. Mit dieser bewundernswerten Bewegung werden wir auch auf den preußischen Militarismus wirken. Es sind zwei Wege für die Fortführung einer solchen Bewegung vorhanden: Das Erreichen unserer Forderungen und dann Schluß der Bewegung oder fortgesetzter Ausstand und so weiter. Für einen dauernden Ausstand aber fehlen heute, wo wir das Notdürftigste nicht haben, die Voraussetzungen. Und vergessen wir nicht, welchen ungeheuren moralischen Erfolg wir auch dem Ausland gegenüber aufweisen werden, wenn die Bewegung nicht durch einen länger dauernden Ausstand gefährdet wird. (Zustimmung.)

Rosenmann (Wiener-Neustadt):

Ich bin nur über die Denkungsart der Vertrauensmänner von Wiener-Neustadt unterrichtet, nicht der dortigen Massen. Sie dünkten sich als die Helden der Zeit. Sie haben die Bewegung vom Zaune gebrochen und wollen natürlich den größten Erfolg. Die Erregung der Vertrauensmänner ist sehr groß und es wurden weitgehende Wünsche geäußert. Sie glauben, die Bewegung müsse aufs Ganze gerichtet sein, und es hat mich große Mühe gekostet, einen anderen Standpunkt plausibel zu machen. Es ist schwer gefallen, begreiflich zu machen, daß die grundlegende Aenderung nicht von Wiener-Neustadt ausgehen könne, sondern nur von der Hauptstadt. Berechtigt halte ich aber die Klage der Neustädter, daß sie vom Parteivorstand nicht genügend einvernommen wurden. Es wurden über ihre Köpfe hinweg Beschlüsse gefaßt und es soll ohne sie von den Wienern abgestimmt werden. Ich glaube, es wird Genossen Renner gelingen, den Wiener-Neustädtern die Ergebnisse plausibel zu machen. Es war draußen radikaler als sonst. Es sind ja nicht geringe Erfolge, die errungen wurden. Aber um allen Vorwürfen vorzubeugen, beantrage ich, den Antrag sowohl der Wiener wie einer Provinzvertrauensmännerversammlung vorzulegen. Ich weiß, es handelt sich darum, das Elend, das auch dieser Streik mit sich bringt, möglichst zu verkürzen. Montag könnte aber nichtsdestoweniger alles erledigt sein.

Gierlinger:

Wir stehen heute vor der Entscheidung. Wenn die Bewegung nur acht Tage noch anhält, haben wir die Anarchie. Und wer Verantwortlichkeitsgefühl besitzt, weiß, was das heißt. (Gierlinger stellt die unten mitgeteilte Resolution.)

Fried:

Ich spreche als Vertrauensmann zu Vertrauensmännern, und unsere erste Pflicht ist es, zu unserer Parteileitung Vertrauen zu haben. Und wir werden es vor unseren Genossen vertreten können, wenn wir ihnen sagen, was Seitz und Adler und Renner angestrebt und erreicht haben. Wir haben aber auch die Pflicht, der Regierung zu zeigen, daß wir ein klares, zielbewußtes Programm, aber auch die Arbeiter in der Gewalt haben.

Auf Antrag Marianek wird die Rednerliste geschlossen. Die Redezeit wird einstimmig mit zehn Minuten begrenzt.

Janecek:

Wir wollen den Frieden, aber außer dem Frieden wollen wir noch mehr. Wir dürfen jetzt nicht bis zur äußersten Erschöpfung gehen, wir müssen im Vollbesitz unserer Kampfesmöglichkeit bleiben. Wir haben einen großen moralischen Erfolg errungen. Ich begrüße auch die Anregung des Genossen Renner, ein ständiges Aktionskomitee einzurichten, einen Arbeiterrat in Permanenz, weil wir ein Instrument brauchen, das künftig parat steht, was auch der Regierung gegenüber ein gutes Kampfmittel sein wird.

Ziegler:

Ich halte im allgemeinen nicht viel von Versprechungen von Ministern. Aber die Regierung weiß heute, daß noch schärfere Mittel angewendet werden können. Doch die Hauptsache ist der Friede und in dieser Beziehung haben wir die Versicherung, daß die Regierung den allgemeinen Frieden will, und dazu kommt, daß das Proletariat bereit ist, den Frieden zu erkämpfen und daß ein starker Wink nach Deutschland gegeben ist. Anderseits sind die Schwierigkeiten nicht zu vergessen, die auch in dieser Beziehung die nationalen Verhältnisse Oesterreichs mit sich bringen.

Abgeordneter **Domes:**

Die Arbeiter sind in den Streik getreten, um zu bekunden, daß sie den Krieg satt haben und daß eine Macht vorhanden ist, die die Regierung vor Eroberungen und Kriegsverlängerung abhalten kann. Man hat sich, als der Kampf begann, an die russischen Methoden erinnert, aber die Russen haben den großen Schritt, den sie gemacht haben, nicht im ersten Anlauf zurückgelegt. Sie haben ihn zehnmal beginnen müssen. Wir dürfen die Kraft nicht verbrauchen, die wir noch nötig haben werden. Diese Bewegung war ein Vorgefecht. Die Kräfte für die Entscheidungsschlacht, wenn wir zu ihr herausgefordert werden, müssen aufgespart sein. Aus diesen Gesichtspunkten ergibt sich die Folgerung, das von Seitz Vorgeschlagene anzunehmen. Wir haben durch einen gewaltigen Solidaritätsakt bewiesen, daß wir die Möglichkeit haben, die Herrschenden zur Vernunft zu bringen. Es ist noch sehr viel zu erkämpfen und das Proletariat hat noch riesige Aufgaben. Für ihre Vollbringung stählen wir die Kraft in dem Vorgefecht.

Mauzberger:

Im Namen der Wiener-Neustädter Arbeiter gebe ich die Erklärung ab, daß wir uns mit unseren Genossen nicht soweit einvernehmen konnten, daß wir für oder gegen die Arbeitsaufnahme stimmen könnten. Wenn Sie es hier beschließen, die Arbeit aufzunehmen, dann werden auch wir den Ausstand beenden.

Aber eine bestimmte Zusage kann ich nicht abgeben. Deswegen bitte ich, in der Resolution nur von den Wiener Arbeitern zu sprechen und die Wiener-Neustädter Arbeiter auszulassen.

Das Schlußwort.

Abgeordneter **Seitz**:

Jeder, der je einen Ausstand mitgemacht hat, weiß, daß jeder Ausstand nicht mit der Erfüllung aller der Hoffnungen enden kann, mit denen er begonnen hat, sondern auch wenn er siegreich verläuft, mit einem Verzicht auf einen Teil der Forderungen enden muß. Es ist selbstverständlich, daß auch wir nicht alles erreichen konnten, was wir wünschten. Nun sagt man, es handelt sich um leere Versprechungen. Wer bürgt uns, daß die Versprechungen auch gehalten würden? Ich habe einem Gegner nie von vornherein geglaubt, was er mir sagte. Nicht etwa, weil ich ihn für einen Lügner hielt. Auch der ehrlichste Mensch kann sich darüber täuschen, ob er die Macht hat, sein Wort zu halten, und kann versprechen, was zu erfüllen ihm unmöglich ist. So frage ich mich auch beim Grafen Czernin: Ist es dir möglich, dein Versprechen zu brechen oder nicht — kraft der Bedingungen, unter denen du lebst? Ist es möglich, daß Graf Czernin von Brest-Litowsk zurückkommt und uns eingestehen muß, daß an Oesterreich und seinen Vertretern der Friede gescheitert ist, weil sie territoriale Forderungen stellen mußten? Da weiß jeder Mensch, was dann in Oesterreich geschehen würde. Der zweite Grund ist für mich gewesen: Welche Macht habe ich, ihn zu zwingen? Da sage ich: Die Arbeiterschaft Oesterreichs, die diesen Ausstand gemacht hat und die sich in der Stimmung befindet, von der wir hier nur einen Ausschnitt sehen, hat die Kraft, zu verhindern, daß eine österreichische Regierung ihr Wort bricht! *Unsere eigene Kraft ist es, auf die ich baue.* Und ich weiß auch, wenn es nicht gelingt, diesen Krieg ehrlich nach dem Grundsatz „ohne Annexionen und Entschädigungen" abzuschließen, dann haben sie in Oesterreich nicht nur einen Ausstand der Arbeiter, nicht nur einen Ausstand in einzelnen Gebieten, dann steht — ich sage es rund heraus — dieses Oesterreich nicht lange mehr! Das alles sagt mir, daß Graf Czernin sein Versprechen halten wird, weil er es halten muß *nach den Bedingungen, unter denen er handeln muß, und nach der Kraft, die wir besitzen.*

Ich glaube nicht, daß es einem von Ihnen schwer wäre, eine so temperamentvolle Rede zu halten, wie wir sie hier von manchen unzufriedenen Rednern gehört haben. Es ist wahrhaftig nicht schwer, zu schildern, was alles wir in diesen drei Jahren mitgemacht haben und welches Unrecht an der Arbeiterschaft verübt wird in dieser Gesellschaft. Folgt daraus, daß wir ewig im Ausstand bleiben müssen? Eine solche Rede zu halten, würde ich auch treffen, wenn mich mein Verantwortlichkeitsgefühl nicht abhielte. Aber meine Aufgabe ist nicht das, sondern ist, mir klar darüber zu sein, was ich erreichen kann bei der Macht, die ich besitze. Das war es ja, was uns bisher von Erfolg zu Erfolg geführt hat.

Es gibt Genossen, die sagen: Was man leisten kann, haben uns die russischen Genossen gezeigt! Wo sind bei uns die russischen Bauern? Wo ist bei uns der russische Bürger? Wo der Miljukow, wo die Generale, die den Zarismus hassen, weil er nicht fähig ist, den Krieg zu führen? Machen wir uns doch nichts vor! Es gibt in Oesterreich nichts, was wirklich revolutionäre Kraft hat, als das Proletariat. Diese revolutionäre Kraft in jedem Moment so anzuwenden, daß das Mögliche erreicht wird, und sie darum wie die heilige Flamme zu wahren und zu pflegen, um sie jederzeit wieder in den Dienst stellen zu können, ist das Gebot einer vernünftigen Taktik einer revolutionären Partei. Die revolutionäre Kraft aufzubieten, damit sie etwas durchsetze, wozu sie nicht ausreicht, das heißt revolutionäre Kraft nicht nur verschwenden, sondern sie ersticken; denn die Niederlage, die die Folge wäre, oder die Enttäuschungen der Arbeiterschaft würden für Jahrzehnte hinaus die ganze revolutionäre Entwicklung vergiften und niederschmettern. Wer

seine Kraft in einem solchen historischen Augenblick verschwendet, der ist nicht wert, daß er sie hat.

Der zweite Einwand, den man erlebt, ist: Ihr habt zu wenig verlangt! Wo bleibt der Achtstundentag? Wir haben gestern darüber ausführlich gesprochen und haben gesagt, daß wir die Frage des Friedens nicht belasten wollen mit anderen, wenn auch noch so wichtigen Forderungen der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft hat auch noch andere wichtige sozialpolitische Forderungen. Die anderen Forderungen, die wir in unserem Beschluß aufgestellt haben, stehen in engstem Zusammenhang mit Krieg und Frieden. Das Ganze noch zu bepacken mit all den sozialpolitischen Forderungen, hieße unsere Verhandlungen ins Unendliche verschleppen. Sollten wir etwa dem Grafen Czernin telegraphieren: Du hast unseren Forderungen über den Frieden zugestimmt, aber wir hören nicht auf, wir fordern jetzt den Achtstundentag!? Ich weiß nicht, ob das der letzte Ausstand ist, den wir führen müssen; aber glauben Sie, daß das unsere Stellung bei anderen Ausständen stärken würde? Deshalb bitte ich Sie, den Antrag auf Aufstellung neuer Forderungen, also auch des Achtstundentages, abzulehnen.

Sehen Sie sich nur unsere bürgerlichen Gegner, die Christlichsozialen und die Deutschnationalen, an und beantworten Sie dann die Frage, ob wir weniger erreicht haben, als wir konnten.

Ich bitte Sie auch, die Entscheidung, zu der Sie berufen sind, nicht zu verschleppen. Eine Entscheidung den einzelnen Teilen des Reiches zu überlassen, ist nicht möglich. Der Parteivorstand macht nach demokratischen Grundsätzen seine Entscheidung abhängig von Ihrem Beschluß und wird dann als Zentralinstanz an alle Organisationen in ganz Oesterreich die Parole ausgeben. Wenn wir warten, bis die Verhandlungen mit Graz und Brünn und Triest zu Ende sind, dann ist eine Entscheidung unmöglich.

Ich weiß, es wird für die Vertrauensmänner noch schwer sein, in einzelnen Betrieben die Entscheidung durchzusetzen; aber das ist schon unser Schicksal als Vertrauensmänner. Wer Vertrauensmann ist — ob im Parlament oder in der Fabrik — der weiß, daß wir zu je einer Viertelstunde innerer Befriedigung hundert Stunden nicht etwa nur mühseliger Arbeit, sondern der Bitterkeit, des Aergers und des Verkanntwerdens haben. Es sind hundert Stunden, die wir mühselig arbeiten müssen, zum Besten der Arbeiter im Sinne der Vernunft gegen die Unvernunft. Wenn Sie Schwierigkeiten haben werden, so werden Sie Manns genug sein, sie zu überwinden, zum Besten derjenigen, die Sie vielleicht heute ablehnen, die vielleicht heute denen, die die revolutionären Reden halten, zujubeln, ihnen aber, wenn sie heute hier recht behalten sollten, in einer Woche fluchen würden.

Ich hoffe, daß der Beschluß gefaßt wird — womöglich einstimmig — ich hoffe, daß er, wenn er gefaßt wird, auch durchgeführt wird mit jener Gewissenhaftigkeit und jener Geschicklichkeit, die Sie immer bewiesen haben, und ich hoffe, daß sich diesem Beschluß auch jene fügen werden, die gegen ihn gestimmt haben — in altbewährter sozialdemokratischer Disziplin. (Lebhafter Beifall.)

Die Abstimmung.

Vor der Abstimmung appelliert der Berichterstatter, im Interesse eines einheitlichen wirkungsvollen Beschlusses die Anträge auf Vertagung der Entscheidung und auf Erhebung neuer Forderungen zurückzuziehen. Unter lebhaftem Beifalle der Delegierten ziehen die Antragsteller diese Anträge zurück. Den Antrag Janecek auf Beibehaltung dieser Versammlung zum Zwecke der Entscheidung in wichtigen Fällen empfiehlt der Berichterstatter.

Zur Abstimmung steht die Resolution Gierlinger; es wird auch die Gegenprobe vorgenommen. Die Resolution lautet:

Der Beschluß der Vertrauensmänner.

Die Versammlung der Vertrauensmänner sämtlicher im Ausstande stehender Betriebe Wiens, einschließlich einer Abordnung der Betriebe Niederösterreichs, beschließt:

1. Die Erklärung der Regierung, daß sie das Friedenswerk mit dem Ziele des allgemeinen Friedens mit größter Beschleunigung fortführen will und insbesondere als Mittel hiezu den Frieden mit Rußland unter Verzicht auf jede Art von Eroberungen und Entschädigungen so rasch als möglich zum Abschluß bringen will, **wird mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.**

2. Die Versammlung verschließt sich nicht der Tatsache, daß sich die allgemeine Volksernährung nach so langer Kriegsdauer und so vielen Versäumnissen schwierig gestalten muß, sie erwartet jedoch, daß die vom Minister für Volksernährung gemachte Zusage einer tatkräftigen und restlosen Aufbringung und Heranziehung aller erreichbaren Zufuhren, insbesondere aus Ungarn, und der endlichen gleichmäßigen Verteilung des Vorhandenen gewissenhaft erfüllt wird.

3. Die Versammlung begrüßt es, daß endlich auch eine österreichische Regierung den Gedanken der Demokratie in der Gemeinde und des Frauenwahlrechtes aufgenommen und zum erstenmal darin ein bindendes Versprechen gegeben hat. Sie erwartet, daß sie die in Aussicht gestellten Gesetzesvorlagen ehebaldigst einbringt und insbesondere der Gemeindewahlreform in Wien nachdrücklichste Förderung angedeihen läßt.

4. Die Versammlung erkennt an, daß die Militärverwaltung ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Industriearbeiterschaft auch im Kriege unter das ordentliche zivile Recht zu stellen, und sieht der Vorlage der betreffenden Gesetze in der kürzesten Frist entgegen.

Indem die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft auf diese Weise die Zugeständnisse der Regierung würdigen, **erkennen sie zugleich in der eigenen zielbewußten Geschlossenheit, in der Einheit der Organisation und Aktion der arbeitenden Klasse die stärkste Bürgschaft des Friedens und die beste Sicherung ihrer Forderungen, und empfiehlt in diesem Sinne der im Ausstand befindlichen Arbeiterschaft Oesterreichs die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.**

In diesem Geiste entbietet sie zugleich der Arbeiterschaft aller Nationen des Landes, der Welt und insbesondere dem russischen Proletariat ihren brüderlichen Gruß.

Die Resolution wird mit 308 gegen 2 Stimmen angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Der Antrag Janecek wird ebenfalls angenommen.

Es wird nun die Frage gestellt, an welchem Tage die Arbeit aufzunehmen ist, da es in den Beschlüssen heißt: sofort.

Dazu erklärt Seitz: Unter „sofort" kann kein früherer Tag als Montag verstanden werden. Vor Montag soll die Arbeit nicht beginnen. Es kann natürlich Betriebe geben, in denen am Montag noch nicht gearbeitet wird; mit solchen vereinzelten Hindernissen muß man immer rechnen.

Vorsitzender **Seyer**:

Die heutige Versammlung ist ein Markstein in der Geschichte der Wiener Arbeiterbewegung. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie eine Macht sind und daß sie keine Opfer scheuen, um den Frieden herbeizuführen, und daß, wenn die Versprechungen nicht eingehalten werden, die Massen neuerdings kundtun werden,

daß sie den Frieden zu erringen entschlossen sind. Die heutige denkwürdige Versammlung ist geschlossen.

Es ist ½4 **Uhr morgens geworden.** Die Versammelten erheben sich von ihren Sitzen und singen das Lied der Arbeit.

Und sofort brachen die Vertrauensmänner auf, nach durchwachter Nacht eilten die meisten zu Fuß in ihren Bezirk in die Sammellokale der Ihren, kaum einer nach Hause zu kurzer Ruhe, viele auch zu den Bahnhöfen, um den ersten Frühzug zu benützen. Noch steht harte, vielleicht die härteste Arbeit bevor, aber die proletarische Pflicht kennt Ermüdung nicht.

Der Parteivorstand zieht die gebotenen Folgerungen.

Die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung", die die „Mitteilungen an die Arbeiter" herauszugeben unternommen hatte, hielt sich über den Gang der Verhandlungen auf dem laufenden. Als es Mitternacht war und die Entscheidung noch immer ungewiß schien, sah sich die Redaktion genötigt, zwei Blätter statt eines vorzubereiten, wenn sie die Massen am Sonntag morgens rechtzeitig unterrichten wollte, ein Blatt für den Fall der Arbeitsaufnahme, eines für den anderen Fall. In der letzten Sekunde, als die letzte Kolumne in die Stereotypie gehen mußte, kam die telephonische Meldung von der Annahme; der Redakteur konnte nicht einmal das zahlenmäßige Ergebnis der Abstimmung abwarten. So kam es, daß die Mitteilungen mit den Frühzügen hinausgingen, zugleich mit den auswärtigen Teilnehmern des Arbeiterrates.

In einem Nebenraume hart an dem Saale des Eisenbahnerheims selbst war noch der Aufruf verfaßt worden, den der Parteivorstand sofort an das Proletariat zu richten sich entschloß. Hatte Wien beschlossen, die Arbeit aufzunehmen, so galten dieselben Gründe auch für die Arbeiterschaft auswärts und blieb kein Zweifel, daß diese nicht anders entscheiden werde oder könne. Der Parteivorstand zog aus dem Beschlusse des Wiener Arbeiterrates — dem allerdings auch eine fünfgliedrige Abordnung der Wiener-Neustädter beigewohnt hatte — bloß die unausweichliche Schlußfolgerung, wenn er Sonntag morgens die nachstehende Aufforderung ergehen ließ:

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Verhandlungen mit der Regierung wurden heute beendet. Die Regierung hat ihre Antwort auf die Forderungen der Arbeiterschaft den frei gewählten Vertrauensmännern der streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen mitgeteilt.

Die Regierung hat der Arbeiterschaft eine ausführliche Darstellung ihrer Absichten in den **Friedensverhandlungen** übergeben. Wir erblicken den Wert dieser Darstellung vor allem darin, daß die Regierung sich nicht damit begnügt hat, in allgemeinen Redewendungen ihre friedlichen Absichten zu versichern, sondern über die konkreten Fragen, die den Gegenstand der Friedensverhandlungen bilden, vor allem über die polnische Frage Auskunft gegeben hat. Handelt die Regierung nach ihrer heutigen Erklärung, so kann und wird der Friede an diesen Fragen nicht scheitern und damit ist die größte Gefahr, die dem Friedensschluß mit Rußland entgegenstand, beseitigt. Wir halten daher die Erklärung der Regierung für einen wesentlichen Fortschritt.

Was die **Ernährungsfragen** anlangt, hat die Regierung unsere organisatorischen Forderungen, die Abschaffung des Privilegs der Selbstversorger und die Einschränkung der Lohnmüllerei, angenommen.

Die Regierung hat sich verpflichtet, die **Demokratisierung des Gemeindewahlrechtes** zu fördern und ihren bisherigen Standpunkt, daß sie Gesetze, die das allgemeine und gleiche Gemeindewahlrecht für Männer und Frauen einführen, nicht zur kaiserlichen Sanktion vorlegen könne, endlich aufzugeben.

Die Regierung hat der **Aufhebung der Militarisierung der Betriebe** und der **Aufhebung des Kriegsleistungsgesetzes** grundsätzlich zugestimmt und sich verpflichtet, dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Arbeitsverhältnis im Kriege auf zivilrechtliche Grundlage stellt und die Arbeiter von der Bedrohung durch die Militärstrafgerichte befreit.

All das sind gewiß wertvolle Versprechungen. Dafür, daß sie nicht leere Versprechungen bleiben, bürgt uns die Macht der Arbeiterklasse selbst. Die Regierung hat erfahren, wie wachsam, wie schlagfertig und wie einig die Arbeiterklasse ist. Sie hat die Macht der Arbeiterklasse kennen gelernt. Sie weiß daher, daß sie die Versprechungen, die sie heute gegeben hat, erfüllen muß, wenn sie Ruhe und Ordnung in den Betrieben erhalten will. Sie weiß vor allem, daß keine Regierung in Oesterreich mehr möglich ist, die den Frieden um irgendwelcher eigennütziger Absichten willen verzögern oder verhindern wollte!

Aus diesen Gründen hat der Wiener Arbeiterrat, der aus den Bezirksexekutiven aller Wiener Bezirke zusammengesetzt ist, **einmütig beschlossen, die streikende Arbeiterschaft Wiens zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern.**

Der Parteivorstand hat sich diesem Beschluß angeschlossen und er **fordert die Arbeiterschaft ganz Oesterreichs auf, die Arbeit wieder aufzunehmen.**

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt euren Kampf in musterhafter Einigkeit und Disziplin geführt. Beweiset dieselbe Einigkeit und Disziplin auch bei der Beendigung des Kampfes! Führet den Beschluß eurer freigewählten Vertrauensmänner einmütig und geschlossen durch! Auf unserer Einigkeit und unserer Disziplin allein beruht unsere Macht!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt durch eure tatkräftige Aktion nicht wenig erreicht! Nun gehet wieder an eure Arbeit! Aber sorget auch dafür, daß die Macht, die ihr diesmal der Welt geoffenbart habt, gesammelt bleibe zu künftigen Kämpfen! Schließet euch zusammen in unseren gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, die die Grundlage unserer Macht sind! Stärket und festigt unsere organisatorische Rüstung! So wollen wir, Gewehr bei Fuß, wachsam stehen, zu neuen Kämpfen stets bereit. So wollen wir dafür sorgen, daß verwirklicht werde, was uns heute zugesagt ward; verwirklicht vor allem der baldigste allgemeine Friede!

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Der Parteivorstand war sich, als er diesen Aufruf erließ, dessen wohl bewußt, daß sein klug abwägendes Urteil den mächtig aufgeflammten Leidenschaften nüchtern, die erreichten Ziele den berechtigten Ansprüchen der leidenden Masse zu gering, daß die Rückkehr in die Werkstätten dem unbändigen Kampftriebe der allzu lange stummen Massen schier unerträglich erscheinen werde. Liegt es doch auch in der Art unseres Volkes, erst überlang zu zögern und sodann maßlos draufloszuhandeln. Aber seit jeher haben die Vertrauensmänner der österreichischen Arbeiterklasse, zumal in der harten Zucht der Wahlreform-

kämpfe, die hohe Pflicht gelernt, die Leidenschaften der Massen nicht bloß auszudrücken, sondern auch durch die wägende Vernunft zu bändigen, auf das sicher und sichtlich Erreichbare einzustellen und nicht in zügellosen Exaltationen zu verbrauchen, die in heroischen Taten Opfer ohne Zahl hingeben, ohne Erfolg, ja oftmals mit katastrophalen Mißerfolgen. Jedes Zuwenig kann morgen ergänzt werden, wenn die proletarische Macht ungestört und unverbraucht aus dem Kampfe herausgeführt wird. Die höchsten Erfolge von heute sind morgen verloren, wenn die Kraft, die sie errang, im Siege sich verblutet hat. Daß die große Zahl der Unorganisierten, der Junggenossen, der Ungeschulten, zunächst den Ruf der Organisation nicht versteht, war vorauszusehen und ist tatsächlich so gekommen. In den großen geschichtlichen Kämpfen des Proletariats ist nicht die Popularität, sondern die innere Wahrhaftigkeit und der äußere Wahrheitsmut die Aufgabe des Parteimannes, und dieser Aufgabe hat der Parteivorstand Genüge getan, ohne Ansehen aller Vorwürfe und Verdächtigungen. Alles kam darauf an, daß die Vernunft des einzelnen Vertrauensmannes sich in den Leidenschaften und in der Verzweiflung der Massen durchzusetzen vermochte: Das war die wahre Kraftprobe der Organisation — sie ist bestanden worden.

Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Die lang zurückgehaltene leidenschaftliche Erregung der Massen verzögerte die Aufnahme der Arbeit in vielen Orten und Betrieben. Die Vertrauensmänner des Proletariats hatten ein schweres Werk, die Massen von der Bedeutsamkeit des errungenen Erfolges und von der Notwendigkeit der Arbeitsaufnahme zu überzeugen. Unzählige Versammlungen in Wien und in den Industrieorten fanden Sonntag, Montag und Dienstag statt, um die Arbeiterschaft zu unterrichten. Die Errungenschaften des Ausstandes waren auch im Augenblick nicht zu würdigen. Obwohl sich die Verhandlungen teilweise äußerst stürmisch gestalteten, so kehrten doch am Dienstag morgens die allermeisten Gruppen in die Betriebe zurück und in der Frühschicht des Donnerstag arbeiteten die Massen wieder vollzählig. Inzwischen hatte auch die Gewerkschaftskommission, vereint mit der Vorständekonferenz der gewerkschaftlichen Zentralverbände Oesterreichs, in einem Aufruf in der „Arbeiter-Zeitung" die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen. Obwohl es überaus interessant und über den Charakter der Bewegung wie des Proletariats sehr belehrend wäre, die Einzelheiten der Wiederaufnahme der Arbeit zu schildern, müssen wir uns das aus Raumrücksichten versagen. Die eingehende Darstellung der ganzen Bewegung muß eben einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleiben, bis die Berichte über sie vollständig vorliegen. Am schwierigsten wurde der Arbeiterschaft des Wiener-Neustädter Industriegebietes der Entschluß, in die Betriebe zurückzukehren. Der Wiener-Neustädter Arbeiterrat entsendete am Dienstag morgens eine Abordnung in das Parlament, um dem Parteivorstand zu berichten und die besonderen Wünsche und Zweifel des dortigen Proletariats mitzuteilen. An der Abordnung nahmen teil die Genossen Barvitius, Beschorner, Drabek,

Filipp, Holzer, Joris, Köllinger, Kral, Müllner, Urbanek. Für den Parteivorstand und den Klub der Abgeordneten verhandelten mit den Genossen die Abgeordneten Domes, Renner und Smitka. Nach den Berichten ist die Arbeiterschaft von Wiener-Neustadt und Umgebung durch die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Regierung nicht befriedigt und fordert Aufklärung über sechs Punkte, über die eine ausführliche und eingehende Debatte geführt wurde. Auf Grund dieser Debatte wurde der Abordnung folgende Antwort zuteil:

1. Die Partei bemüht sich ständig um den allgemeinen Frieden und sieht in dem Frieden mit Rußland nur eine Brücke dazu. Diesen Standpunkt nimmt auch die Erklärung Czernins ein. Ueber die Bedingungen des Friedens nach Westen und Süden wird die Arbeiterschaft zu wachen haben, sobald die Verhandlungen mit diesen Ländern eingesetzt haben. Die Partei wird auf eine Beantwortung der Note Wilsons durch Czernin dringen, wodurch die Frage des allgemeinen Friedens näher beleuchtet werden wird.

2. Die Partei kann für sich allein, bei den gegenwärtigen parlamentarischen Machtverhältnissen das Recht der Beteiligung an den Friedensverhandlungen zu Brest-Litowsk nicht beanspruchen. Die Heranziehung aller Parteien würde die Verhandlungen eher gefährden als fördern. Die Partei verschafft sich selbst die direkte Information über jeden Schritt, der in Brest erfolgt.

3. Die Ausschreibung der Gemeindewahlen nach dem Proporz in den Industriegemeinden Niederösterreichs noch vor Abschluß des Krieges wird von der Partei mit Nachdruck betrieben werden.

4. In der Frage des allgemeinen Achtstundentages ist die Partei an die Beschlüsse der Leedser und der Berner internationalen Gewerkschaftskonferenz gebunden, nach denen sie den Gegenstand eines internationalen Uebereinkommens bilden soll. Was den Achtstundentag in Oesterreich betrifft, so wird die Partei ihre schon gestellten Anträge auf Einführung des Achtstundentages in den kontinuierlichen Betrieben und in den Staatswerkstätten erneuern und versuchen, sie auf die Tagesordnung des Hauses zu bringen.

5. Nebst Friedrich Adler gibt es noch sechzehn Verurteilte der Ausnahmsgerichtsbarkeit. Der Klub der Abgeordneten hat in den bekannten Justizgesetzen die Bestimmung durchgesetzt, daß diese Urteile der Ausnahmsgerichte schlechtweg und allesamt null und nichtig erklärt sind. Das Abgeordnetenhaus hat sie beschlossen, das Herrenhaus hat den Beschluß zweimal abgelehnt. Diese Frage muß zur Sicherung unserer künftigen verfassungsmäßigen Rechtspflege diesmal allgemein und prinzipiell durch die Besiegung des Widerstandes des Herrenhauses geklärt werden. Dazu ist auch alle Aussicht vorhanden. Mit diesem Siege werden alle widerrechtlich Verurteilten ihrem ordentlichen Richter, das ist den Geschwornen, unterstellt sein. Solange ein rechtlicher Weg offen ist, kann die Partei den Weg der Anrufung der Gnade der Krone nicht betreten.

6. In Bezug auf die Militarisierung wird die Partei einen neuerlichen Schritt unternehmen, daß die Gesetzesvorlagen unverzüglich inner-

halb einer zu vereinbarenden Frist eingebracht werden, daß weiter schon inzwischen an die militärischen Leiter der Betriebe strikte Anordnungen hinausgehen, daß sie in allen Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis nicht die Unternehmerinteressen, sondern die Interessen der Arbeiter zu schützen haben, und endlich, daß solche Leiter, die ihre Macht mißbraucht haben, sofort durch andere ersetzt werden, dies um so mehr, als gerade Uebergriffe dieser Art die Quelle der tiefsten Erregung der Arbeiterschaft gewesen sind.

Die Partei hat sich alle erdenklichen Bürgschaften dafür geschaffen, daß aus Anlaß dieser Ausstandsbewegung keine wie immer geartete Maßregelung oder militärische Strafen in den Betrieben erfolgen. Außerdem möge den Genossen zur Kenntnis dienen, daß die von der Regierung Seidler eingegangenen Verpflichtungen selbstverständlich jede kommende Regierung binden.

Die erschienenen Delegierten nahmen diese Erklärungen, denen der Parteivorstand und der Klub beigetreten sind, zur Kenntnis und begaben sich in die Fabriksorte zurück, um diese ergänzenden Aufklärungen zu geben. Bemerkt wird, daß auch noch ein siebenter Punkt Gegenstand der Verhandlungen war. Die Wiener-Neustädter wünschten, daß der Arbeiterrat, der mitten im Kampfe von selbst geworden war, zu einer dauernden Einrichtung wird. Der Parteivorstand konnte den Genossen mitteilen, daß die Partei selbst eine solche Einrichtung zu schaffen beabsichtige, darüber jedoch mit der Landesparteivertretung Beratungen pflegen müsse. Ein Regulativ wird ausgearbeitet und, wenn möglich, dem um die Monatswende zusammentretenden Landesparteitag unterbreitet werden.

Für den 24. Jänner, 6 Uhr abends, hatte der Parteivorstand den Wiener Arbeiterrat einberufen, um über das Ergebnis des Kampfes nach dessen Abschluß Bericht zu erstatten. Zu dieser Sitzung waren auch die Vertrauensmänner von Wiener-Neustadt, Wilhelmsburg und Liesing geladen worden. Abgeordneter Seitz erstattete über das Ergebnis der Bewegung Bericht. In eingehender Debatte wurden die politischen und organisatorischen Folgen erörtert und stimmeneinhellig gelangten die folgenden vier Punkte zur Annahme:

1. Der Bericht des Parteivorstandes über die Ausstandsbewegung wird zur Kenntnis genommen.

2. Es wird ausdrücklich die Notwendigkeit einer ständigen Fühlung betont zwischen den leitenden Vorständen und der Arbeiterbewegung und einer aus der Gesamtheit der Wiener Arbeiterschaft hervorgegangenen Körperschaft, die unmittelbaren Zusammenhang mit den einzelnen Betrieben hat.

3. Der Landesparteivorstand wird beauftragt, auf dem Landesparteitag gleichfalls eingehend Bericht über den Ausstand zu erstatten.

4. Der Parteivorstand wird beauftragt, in einer Flugschrift, die in großer Zahl zu verbreiten ist, eine Schilderung der Ursachen, des Verlaufs und der Erfolge des Ausstandes zu geben.

Damit war die Bewegung auch formell abgeschlossen.

Der Erfolg.

Beim Abschluß des Kampfes waren seine Errungenschaften noch nicht zu überblicken. Die Größe des Erfolges wurde erst in den folgenden Tagen sichtbar. Zunächst offenbarten die Parlamentsverhandlungen, die am Montag den 21. Jänner stattfanden, den Eindruck, den die Vereinbarungen mit der Regierung auf die bürgerlichen Parteien hervorgerufen hatten. Der Abgeordnete Miklas meinte, daß sie eigentlich doch eine Kapitulation der Staatsautorität vor der Sozialdemokratie bedeuten. Er wünsche nicht einen Parteivorteil, der nur auf Kosten der Staatsautorität erkauft werden könnte. Er fand, daß die Staatsautorität untergraben worden sei. Am Dienstag den 22. Jänner entlud sich die Wut der Bürgerlichen in einer Rede des Abgeordneten Jerzabek durch sinnlose Beschimpfungen der Partei, mußte sich jedoch gefallen lassen, daß der Obmann der Christlichsozialen, Hauser, über die Ausführungen seines Parteigenossen sein Bedauern aussprach.

Das dunkle, aber sichere Gefühl der Massen hatte auf die Träger der annexionistischen Politik in Oesterreich wie in Deutschland abgezielt. Die Rückwirkungen auf Deutschland waren überraschend, und mit Recht hat die „Arbeiter-Zeitung" vom Donnerstag den 24. Jänner den österreichischen Ausstand einen „Stoß ins Herz des deutschen Imperialismus" genannt. Dort ringt die deutsche Reichstagsmehrheit lange Zeit unentschieden mit den Militärkreisen, welche eine Verlängerung des Krieges ins Uferlose betreiben, in der Voraussetzung, daß die Bundesgenossen bis zum Ende mitzugehen gezwungen seien. Dieser Annahme hat die kraftvolle Erhebung der Arbeiter Oesterreichs ein Ende bereitet. Das Wutgeheul der annexionistischen Presse in Deutschland über den Ausstand verriet deutlich, wie sehr der Hieb getroffen hat. Er hat den annexionistischen Eroberungsplänen Deutschlands einen Damm gesetzt. Der Ausstand hat weit über die Grenzen hinaus verkündet, daß Oesterreich-Ungarn den Krieg zum Zwecke von Eroberungen weder des eigenen Landes noch der Verbündeten fortsetzen will oder fortsetzen kann. Die friedensfreundliche Presse in Deutschland verstand den Ausstand sehr wohl zu deuten, und das „Berliner Tageblatt" betonte mit Nachdruck: „Wenn die deutsche Oberste Heeresleitung und die deutsche Politik keine Ueberraschungen erleben wollen, dann werden sie die Stimmungen, die in den gegenwärtigen Ausstandsbewegungen ihren Ausdruck finden, in ihren Berechnungen nicht an die letzte Stelle setzen dürfen." Und die „Vossische Zeitung" sagte: „In der Tat hat sich vor diesem Streik nie ein Streik der neueren Geschichte im psychologischen Moment zur Entscheidung weltpolitischer Fragen erhoben." Es mag wohl diesen offenherzigen Aeußerungen zu danken sein, daß das „Berliner Tageblatt" auf drei, der „Vorwärts" auf fünf Tage verboten wurde. Den vollen Erfolg offenbarten erst die an demselben Tage (Donnerstag den 24. Jänner) gehaltenen Reden des Grafen Czernin in dem Delegationsausschusse und des Staatssekretärs Kühlmann im deutschen Reichstagsausschusse. Beide Reden sind ja noch in frischer Erinnerung. Die Rede Czernins verrät einen ganz anderen Geist als alle seine vorangegangenen Erklärungen. Sie

nimmt insbesondere zu den 14 Punkten Wilsons eine sehr entgegenkommende Stellung ein und schließt direkt mit der Aufforderung an Wilson, in direkte Verhandlungen einzutreten. Auch der deutsche Reichskanzler Graf Hertling setzte sich noch an demselben Donnerstag mit Wilsons Vorschlägen auseinander und bekannte, daß sie gewisse Grundsätze für einen allgemeinen Weltfrieden enthalten, denen auch Deutschland zustimmen könne. Durch die machtvolle Kundgebung der österreichischen Arbeiterschaft — das unterliegt keinem Zweifel — ist der Sache des Friedens ein Dienst erwiesen worden, der heute noch in seinen Folgen nicht abzusehen ist. Sie hat dem Friedenswillen zum Durchbruche verholfen.

Aber diese Ausstandsbewegung war auch zugleich ein Kampf um die Freiheit, zunächst der Freiheit in den Werkstätten. Die Militarisierung der Betriebe war nicht so sehr aus militärischen Gründen, sondern infolge der Drängereien der Unternehmer eingeführt worden. Es war der Partei sehr wohl bekannt, daß die Unternehmerverbände schon jetzt allen Einfluß aufbieten, das Kriegsleistungsgesetz in die Uebergangswirtschaft hinüberzuretten. Nun ist dieses alleräußerste Schutzmittel kapitalistischer Ausbeutung von der höchsten Militärbehörde als unnötig und nicht zweckdienlich erklärt worden. Aus der Welt kann leider ein Gesetz nur durch ein Gesetz geschaffen werden, und also muß diese Maßregel leider den Weg durch das Parlament nehmen. Eine §-14-Verordnung können wir nicht fordern. Das Kriegsleistungsgesetz wird demnoch in absehbarer Zeit einem Gesetze weichen, das das Arbeitsverhältnis in ein einfaches Zivilrechtsverhältnis ohne Militärbefehl und ohne Militärgericht verwandelt.

Der Ausstand war zugleich ein Kampf um die Demokratie. In allen Ländern der Welt hat die besitzlose Klasse in der Kriegszeit ihre politischen Rechte erweitert. In diesem Lande jedoch hatte man bis zum Jänner dieses Jahres, bis tief ins vierte Kriegsjahr den Arbeiter politisch überhaupt noch nicht entdeckt. Durch den Ausstand hat sich der Arbeiter selbst politisch auf die Tagesordnung gestellt, indem er die Regierung zwang, die Demokratie in der Gemeinde und die Mitbestimmung der Arbeiterschaft in der Verwaltung selbst anzubahnen. Künftighin werden auch auf dem Gebiete der Gemeinde die schon dem Reichsratswahlrechte zugrunde liegenden demokratischen Prinzipien zur Geltung gelangen, mit ihnen der Proporz, mit ihnen das Frauenwahlrecht. Auch das ist ein gewaltiger Durchbruch, der Sieg einer Idee. Denn bisher haben sich alle Regierungen ohne Ausnahme dem Gedanken widersetzt, daß auch in der Gemeinde und in der Verwaltung das gleiche staatsbürgerliche Recht herrschen könnte. Dieser Sieg wird bedeutsam durch die Tatsache, daß der Vorstand der christlichsozialen Partei in der Erkenntnis, daß das bisherige Gemeindewahlrecht nicht mehr haltbar sei, schon am Mittwoch eine Erklärung veröffentlichte, wonach diese Partei für die Gemeinde Wien bereit sei, eine Wahlreform zu schaffen. Nach diesem Vorschlage soll etwa der eine Teil der Gemeinderatssitze nach dem allgemeinen Stimmrecht vergeben werden, ein zweiter Teil den Besitzenden vorbehalten bleiben. Obwohl dieser Vorschlag noch lange nicht den Forderungen der Arbeiterschaft genügen kann, so würde doch eine Ver-

tretung von rund 80 Gemeinderäten des allgemeinen Stimmrechtes — wenn man die beiden Teile als Hälften annimmt — gegenüber dem bisherigen Bettel von 21 Mandaten der allgemeinen Kurie, neben 130 Mandaten von drei privilegierten Wahlkörpern, schon einen gewissen Fortschritt bedeuten.

Diese unmittelbaren, in der ersten Woche nach dem Streik sichtbar gewordenen Erfolge geben der Entschließung des Wiener Arbeiterrates in der denkwürdigen Nacht vom 19. auf den 20. Jänner vollständig recht. Es war ein Siegespreis, der den Kampf lohnte. Und die Genossen, die schweren Herzens das Opfer brachten, mitten in der Leidenschaft des Kampfes in die Werkstätten zurückzukehren, werden, wenn sie heute die Folgen ihrer Disziplin überdenken, damit wohl zufrieden sein. Selten ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein Kampf so ganz ohne Opfer geführt, mit gestärktem Selbstbewußtsein der Masse beendet und durch so nachhaltige Erfolge gekrönt worden. Nun bleibt nur eines übrig: Die Errungenschaften zu wahren, zu sichern und auszubauen!

„Vorwärts", Wien V.

Bücher aus der Kriegszeit 1914 bis 1918

aus dem Verlage der Wiener Volksbuchhandlung Ig. Brand & Co., Wien VI, Gumpendorferstraße 18

*Die Erneuerung der Internationale. Gesammelte Aufsätze. Von Friedrich Adler. 232 Seiten. Kr. 7·20
Vereinsausgabe für organisierte Parteigenossen Kr. 2·80

*Bildung und Krieg. Von Dr. M. Adler. 16 Seiten. Kr. —·50

*Die Bedeutung des Sozialismus. Zum siebzigsten Geburtstag des Kommunistischen Manifestes. Von Dr. M. Adler. 16 Seiten. Kr. —·30

Die Wiener Arbeiterbewegung. Den Mitgliedern des Internationalen Sozialisten- und Gewerkschaftskongresses Wien 1914 gewidmet. Mit 21 Abbildungen. 64 Seiten. Kr. 1·20

Die Zukunft der Deutschen Sozialdemokratie. 22 Seiten. Kr. —·40

Die Sozialdemokratie im zweiten Kriegsjahre. Von Robert Danneberg. 16 Seiten. Kr. —·30

Die Rekrutenschulen der internationalen Sozialdemokratie. Die sozialistische und bürgerliche Jugendbewegung in den Jahren 1910 bis 1913. Von Robert Danneberg. 144 Seiten. Kr. 1·20

Krieg und Absolutismus. Friede und Recht. Reden, gehalten von den Abgeordneten Karl Renner und Karl Seitz. 63 Seiten. Kr. —·30

Politik und Volkswirtschaft im dritten Kriegsjahre. (August 1916 bis Mai 1917.) Der sozialdemokratische Kampf für Friede und Freiheit, für Arbeiterschutz und Volksernährung. 40 Seiten. Kr. —·60

Frau, Arbeiterin, Sozialdemokratie. Von Adelheid Popp. 30 Seiten. Kr. —·20

Die Nation als Rechtsidee und die Internationale. Von Dr. K. Renner. 26 Seiten. Kr. —·50

Mit Rücksicht auf die enormen Regiespesen wird zu den angegebenen Preisen bis auf weiteres ein zehnprozentiger Teuerungszuschlag für alle Bücher und Broschüren eingehoben.

Praktischer Führer durch die österreichische Gesetzgebung.

Von dieser Sammlung sind erschienen:

Heft 1. **Wie fatiere ich? Wie rekurriere ich? Das Einkommensteuergesetz und das Militärtaxgesetz.** 60 H.

Heft 2. **Was zahle ich bei Geburten, Trauungen und Begräbnissen dem Pfarrer?** (Die Kirchengebühren Stolataxordnungen]) 20 H.

Heft 3/4. **Wie werde ich zuständig?** Die Vorschriften über das Heimat- und Staatsbürgerrecht. Mit Gesuchsformularien. 40 H.

Heft 5. **Was bekommen jetzt die Soldatenfamilien?** 80 H.

Heft 6/6a, **Die Lohn- und Beschwerdekommissionen.** Die Rechte der Arbeiter unter den Kriegsgesetzen. 80 H.

Heft 7/8. **Wie heirate ich?** Die Vorschriften über Eheschließung. (Erster Teil des Eherechtes.) 40 H.

Heft 9. **Der Mieterschutz.** Die Vorschriften über das Verbot von Wohnungskündigungen und Zinssteigerungen. 60 H

Heft 10/11. **Der neue Arbeitsvertrag.** Die Vorschriften über den Dienst- und Arbeitsvertrag. 80 H.

Heft 12/13. **Wie werde ich geschieden?** Die Vorschriften über die Ehescheidung. 1 Kr.

Oesterreichisches Erbrecht. 60 H.

Zu beziehen gegen Voreinsendung des Betrages samt Porto (5 Heller) vom Verlag

Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.
Wien VI/1, Gumpendorferstraße Nr. 18.

Preis 20 Heller.

1918 Lager-Katalog 1918

der

Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.
Wien VI/1, Gumpendorferstraße 18.

Inhalt:

1. **Neuere Verlagswerke.**
2. **Aeltere lesenswerte Parteischriften.**
3. **Parteikriegsliteratur aus den Jahren 1914 bis 1917.**
4. **600 gute Bücher zu tief herabgesetzten Preisen. (Gesellschaftswissenschaften, Naturwissenschaften, Dichtungen.)**

Das Handbuch für Arbeiter-Bibliothekare, ein ausführlicher, 223 Seiten starker Katalog mit Namen- und Sachregister, wird bei Voreinsendung von 50 H. in Briefmarken portofrei verschickt.

Mit Rücksicht auf die enormen Regiespesen wird zu den angegebenen Preisen bis auf weiteres ein zehnprozentiger Teuerungszuschlag für alle Bücher und Broschüren eingehoben.

Praktischer Führer durch die österreichische Gesetzgebung.

Von dieser Sammlung sind erschienen:

Heft 1. **Wie fatiere ich? Wie rekurriere ich? Das Einkommensteuergesetz und das Militärtaxgesetz.** 60 H.

Heft 2. **Was zahle ich bei Geburten, Trauungen und Begräbnissen dem Pfarrer?** (Die Kirchengebühren Stolataxordnungen]) 20 H.

Heft 3/4. **Wie werde ich zuständig?** Die Vorschriften über das Heimat- und Staatsbürgerrecht. Mit Gesuchsformularien. 40 H.

Heft 5. **Was bekommen jetzt die Soldatenfamilien?** 80 H.

Heft 6/6a. **Die Lohn- und Beschwerdekommissionen.** Die Rechte der Arbeiter unter den Kriegsgesetzen. 80 H.

Heft 7/8. **Wie heirate ich?** Die Vorschriften über Eheschließung. (Erster Teil des Eherechtes.) 40 H.

Heft 9. **Der Mieterschutz.** Die Vorschriften über das Verbot von Wohnungskündigungen und Zinssteigerungen. 60 H

Heft 10/11. **Der neue Arbeitsvertrag.** Die Vorschriften über den Dienst- und Arbeitsvertrag. 80 H.

Heft 12/13. **Wie werde ich geschieden?** Die Vorschriften über die Ehescheidung. 1 Kr.

Oesterreichisches Erbrecht. 60 H.

Zu beziehen gegen Voreinsendung des Betrages samt Porto (5 Heller) vom Verlag

Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

Wien VI/1, Gumpendorferstraße Nr. 18.

Preis 20 Heller